

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Kugelpreis 50 Pf. für die 3gezahlte Poststelle. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

### Unsere Frühjahrslohnbewegungen.

Die heutige Wirtschaftsweise bedingt einen fortgesetzten Wettbewerb zwischen Preis und Lohn. Hinter diesen beiden, um ihre Höhe ringenden Faktoren, stehen selbstverständlich Menschen, Gesellschaftsschichten, mit bestimmten Interessen kultureller und anderer Art. Diese Interessen sind der Antrieb für das Ringen. Das gegensätzliche „Spiel“ ist zwangsläufig. Sich einzubilden oder anderen einreden zu wollen, es sei möglich, diese ringende Gegensätzlichkeit aufheben und einen dauernden allgemeinen Frieden schaffen zu können, solange das jetzige Wirtschaftssystem besteht, ist naiv oder unehrlich. Die Vertretung ist weder national noch international abgeschlossen. Sie hat sich bis jetzt nicht sozial ausgewirkt, im Gegenteil. Sie drückt doppelt: einmal auf die Verkäufer der Arbeitskraft, zum zweitenmal auf die Konsumenten. Bei der großen Masse der Volksgenossen sind beide in einer Person vereint. Der ungemein übersehene Handel mit seiner Inflationspraxis verteuert die Preise mit, in oder ohne Gemeinschaft mit den Produktionsmittelbesitzern. Die frühere freie Konkurrenz hat die Preise gesenkt, die Vereinigung in Kartellen, Konzernen, Trusten treibt sie herauf. Alle diese Tatsachen nicht sehen oder sie bestreiten zu wollen, ändert nichts an ihrer Wirklichkeit. Unsere akademisch und volkswirtschaftlich gebildeten Unternehmer und ihre Vertreter (nicht alle) sind sich über die hier nur angeedeutete Entwicklung vollständig klar. Wenn sie dagegen mit aller ihnen zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen und politischen Macht ankämpfen und versuchen, das 17. Jahrhundert zurückzuholen, während sie bewußt und mit Energie die Technik vorwärts treiben, die Konzentration der Finanzen der Produktion fördern, so erstreben sie damit die Gewährung einer Frist unbeschränkter Freiheit, die nicht mehr sein kann, weil die Umformung der Welt infolge der technischen Weiterentwicklung schon zu weit um sich gegriffen hat. Dieses neue Denken wirkt sich praktisch aus, und zwar so stark, daß auch das vertraute Unternehmertum es für vorteilhafter hält, dem organisierten Gegenspieler Konzessionen zu machen. Der kluge Feldherr weicht der offenen Feldschlacht aus, wenn der Sieg zweifelhaft ist. Man verhandelt und einigt sich im Interesse der Kampfgruppen und läßt jene wacker schreien, die sich einbilden, der beste Sieg sei eine auf zwei Seiten halbverblutete Front oder eine völlige Niederlage.

Strie 61—66 Pf., Zementindustrie 70—71 Pf., Bimssteinindustrie 74 Pf., Kalkindustrie 66 bis 80 Pf., feuerfeste Industrie 63—77 Pf., Wandplattenherstellung 76—84 Pf., Porzellanindustrie 88 Pf., Konservenindustrie 78—89 Pf., Glaserindustrie 81—83 Pf. In der chemischen Industrie finden wir den niedrigsten Lohn im Bezirk Steffin, bezugnehmend in der Seifenindustrie. In der Papierindustrie stehen Pommern und Schlesien am tiefsten, in den Ziegeleien Königsberg, in der Kalkindustrie Niederschlesien, in der feuerfesten Industrie Schlesien. Den niedrigsten Lohnsatz überhaupt weist die Ziegelindustrie für Königsberg mit 63 Pf. auf, dann folgt die feuerfeste Industrie Schlesiens mit 63 Pf.

Altenburg; in der gleichen Zeit Mittdirektor der Landesbank in Sachsen-Altenburg, und wiederum in derselben Zeit Abgeordneter im Volksrat für Thüringen. (Der Volksrat für Thüringen war gesetzgebender Vorläufer des Landtages für Thüringen.)

Auf genossenschaftlichem Gebiete war der Kollege Köhler stets bestrebt, die Interessen der aufstrebenden Bevölkerung zu wahren. So war er von 1903 bis 1904 Mitglied des Aufsichtsrats des Konsum- und Produktivvereins zu Altenburg, von 1905 bis 1907 Mitglied des Aufsichtsrates des Konsumvereins Frankfurt a. M., von 1908 bis 1920 Mitglied des Aufsichtsrates des Konsum- und Produktivvereins in Altenburg, von 1913 an Vorsitzender des Aufsichtsrates desselben Vereins. Von 1917 bis 1919 war er ehrenamtlich 1. Geschäftsführer des Bau- und Sparvereins in Altenburg, dessen Mitbegründer er auch war.

Eine scheinbar unerschöpfliche Arbeitskraft. Karl Köhler gehört zu denen, die sich aus dem Nichts herauf und durch tausend Schwierigkeiten hindurcharbeiten mußten. Sein unbesiegbarer Optimismus war ihm Weggenosse. Köhler ist kein Kollege, der zur Beistellung herangeholt werden muß. Sein ganzes Wesen drängt selbst zur Beistellung. Es scheint, daß er sich die Worte des Dichters von fröhlicher Jugend an zu eigen gemacht hat:

„Dein eigener Herr immer sei,  
Halt selbst dich an zu höchster Pflicht,  
Ohne dieses Recht dem Andern nicht,  
Denn so nur bist du wahrhaft frei.“

Das Vertrauen der Besten unserer Organisation und der Arbeiterbewegung hat unseren Jubilar immer in die erste Front gestellt. Sie wurden nicht enttäuscht. Kollege Köhler hat immer mehr getan als seine Pflicht, er hat nicht nur zur Not seinen Posten ausgefüllt, nein, er gab alles. Wir schätzen in ihm den Reformator unseres Klassenwesens, den treuen Kollegen, und insbesondere auch den guten Kameraden. Unter guten und unter vernünftigen Menschen hat Köhler keine Feinde. Köhler kann nicht verlebt sein, sein innerstes Wesen ist Gütigkeit. Wir bringen ihm zu seinem Jubiläum die besten Wünsche dar. Wir gratulieren ihm und uns. Möge er noch recht lange an seinem Posten in unserem Verbande wirken, als Vorbild für unsere jüngere Generation!



Karl Köhler, Jubilar.

Der Hauptkassierer unseres Verbandes, der Kollege Köhler, ist am 1. Juni 25 Jahre als Angestellter unserer Organisation tätig. Aber in dieser seiner hauptberuflichen Tätigkeit erschöpft sich nicht sein Wirken für die Arbeiterbewegung, weder zeitlich noch artemäßig. Karl Köhler kam geradewegs aus innerem Antrieb zur Arbeiterbewegung, aus Erkenntnis, die ihn förmlich zwangsläufig zu seiner vielseitigen Befähigung an führender Stelle trieb. Unser Jubilar war schon von jeher — wie man so sagt — ein unruhiger Geist, er konnte und kann nicht rasten, er ist stets Motor. Es ist für die Arbeiterbewegung ein ungeheuer wertvoller Aktivposten, daß sie solche Leute aus sich heraus gebiert, ausgestattet mit Geist und Charakter.

Wir wollen versuchen, das Tätigkeitsgebiet unseres Kollegen Köhler in seinen wichtigsten Phasen zu umreißen. Von 1900 bis Mai 1904 war er ehrenamtlich 1. Bevollmächtigter der Zahlstelle Altenburg (S.-A.), und in der gleichen Zeit gleichfalls ehrenamtlich Gauvorsitzender für den damaligen Gau 5. Als die Zahlstelle Frankfurt a. M. einen Geschäftsführer anzustellen sich entschloß, fiel die Wahl auf den Kollegen Köhler. Vom 1. Juni 1904 bis 15. Januar 1907 sehen wir ihn an dieser Stelle wirken. Die Altenburger Mitgliedschaft hat im Jahre 1904 Köhler nicht gern scheiden sehen. Und als die Zahlstelle Altenburg selbst so weit entwickelt war, um einen Geschäftsführer anstellen zu müssen, da holten die Mitglieder Karl Köhler aus Frankfurt zurück. Vom 16. Januar 1907 bis 15. September 1920, also fast 14 Jahre lang hat Köhler diese Zahlstelle geleitet, mit Ausnahme der Zeit, während er im Felde war. Der Verbandstag im Jahre 1920 in Hannover wählte den Kollegen Köhler als Sekretär in den Hauptvorstand, und als unser damaliger Hauptkassierer Fritz Bruns in den Ruhestand trat, übertrugen Hauptvorstand und Ausschuß unserem Jubilar die Geschäfte der Hauptkassa. 1922 delegierte ihn der Verband in die deutsche Kapitalverwertungsgesellschaft, die jetzige Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Seit dieser Zeit ist Köhler Mitglied des Aufsichtsrates dieser Bank.

Auch politisch stand Karl Köhler immer mit in den vordersten Reihen und an führender Stelle. Wir führen hier nur an: 1905 bis 1907 Mitglied der Prekominmission der „Volksstimme“, Frankfurt a. M.; 1907 bis 1910 Funktionär in Altenburg; 1910 bis 1917 Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins in Altenburg, Mitbegründer der 1913 errichteten Druckerei der „Altenburger Volkszeitung“, jetzt „Thüringer Volkszeitung“. 1910 bis 1918 Landtagsabgeordneter in Sachsen-Altenburg, 1919 bis 1920 Präsident der Landesversammlung im Freistaat Sachsen-

### Das Verbandsjahr 1928.

#### 1. Mitgliederbewegung.

Wirtschaftlich gesehen war das Jahr 1928 nicht ganz so günstig wie das vorhergehende. Im ersten Halbjahre war die Beschäftigung noch ziemlich gut. In den letzten Monaten des Jahres 1928 nahm aber dann die Arbeitslosigkeit stark zu, so daß in bürgerlichen Blättern sogar viel von der kommenden Wirtschaftskrise geschrieben wurde. Zu diesen Krisengerüchten lag zwar nicht viel Anlaß vor. Aber eine gewisse Depression war zweifellos vorhanden.

Die Arbeitslosenzahlen in unserer Verbandsstatistik zeigen dieses wirtschaftliche Auf und Ab recht anschaulich. Anfang Januar 1928 waren von 100 Verbandsmitgliedern 10,7 arbeitslos. Zum Schluß des Jahres waren es 14,1 Prozent. Zwischen diesen beiden Punkten bewegt sich die Zahl der Arbeitslosen, von Januar bis Juli fallend, und von da an wieder langsam ansteigend. Ihren niedrigsten Stand hat die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern unseres Verbandes im Juli mit einem Hundertsatz von 5,6 arbeitslosen Mitgliedern. Im August zeigt sich bereits wieder ein leichtes Steigen der Arbeitslosenzahl auf 5,9 Prozent. Der Augustmonat des Jahres 1927 hatte dagegen eine Arbeitslosigkeit von 5,1 auf 100 Mitglieder unseres Verbandes, und eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zeigte sich erst im Oktober, während im Jahre 1928 schon im August der Beschäftigungsgrad eine leise Verschlechterung erfährt. Die Kurzarbeit hatte im Monat April mit einem Hundertsatz von 1,6 ihren niedrigsten Stand.

Betrachtet man die Arbeitslosigkeit in bezug auf die einzelnen Industriegruppen, so ergibt sich, daß in fast allen Monaten die Baustoffindustrie am schlechtesten beschäftigt war. Anfang Januar 1928 beträgt die Arbeitslosenziffer in der Baustoffindustrie 23,7 Prozent, gegen 12,1 Prozent im gleichen Monat des Jahres 1927. Vom Januar an sinkt dann die Zahl der Arbeitslosen in der Grobkeramik und Baustoffindustrie, um im Juli mit 3,6 Prozent ihren niedrigsten Stand zu erreichen. Zum Schluß des Jahres steigt sie dann aber wieder an und beträgt 28,9 Prozent. Das ist ein ganz außerordentlich hoher Prozentsatz, fast ein Drittel aller Mitglieder in dieser Industrie waren arbeitslos. Diese jahreszeitmäßig bedingte erhöhte Arbeitslosigkeit äußert sich auch in der Nahrungsmittel- und in der Spielwarenindustrie. In beiden Industrien war die stärkste Arbeitslosigkeit im Januar zu verzeichnen, in der Nahrungsmittelindustrie, weil zu Anfang Januar die Zuckerkampagne zu Ende, und in der Spielwarenindustrie, weil das Weihnachtsgeschäft vorüber war, das dieser Industrie immer einen erhöhten Beschäftigungsgrad bringt. Verhältnismäßig am günstigsten war die Wirtschaftslage fast das ganze Jahr hindurch in der Papierindustrie. Sie hatte die niedrigsten Arbeitslosenzahlen.

Der Fabrikarbeiterverband hat stets einen ehrenvollen Frieden einem Streik vorgezogen. So auch in diesem Jahr. Unter völliger Außerachtlassung des törichtesten Geschwätzes der russischen KP-D-Presse in Deutschland haben wir unsere diesjährigen Frühjahrslohnbewegungen zum Abschluß gebracht. Nachfolgend eine kurze Übersicht über die erfolgten Vereinbarungen:

In der Chemie beträgt die Lohnerhöhung pro Stunde für den Bezirk Steffin 3 Pf., für Bayern 3,5 Pf., und für die Bezirke Berlin, Hannover, Köln Stadt und Köln Land, Leipzig, Mannheim, Frankfurt, Essen A, Essen B, Essen C, Harburg, Bremen, Hamburg, Bergisch Land, Düsseldorf, Württemberg je 4 Pf.

In der Seifenindustrie: für die Bezirke Steffin, Bremen, Leipzig, Köln, Hannover, Hamburg je 4 Pf.

In der Papierindustrie: für Bayern 4 Pf., für Württemberg in zwei Zeitabschnitten, zusammen 4,5 Pf., für Baden 4 Pf., für das unbesezte Rheinland 4 Pf., für das besetzte Rheinland 4 Pf., für Hannover in zwei Zeitabschnitten 4,5 Pf., für Brandenburg 3,5 Pf., für Pommern 4 Pf., für Schlesien 4 Pf., für den Freistaat Sachsen 4,5 Pf.

In den Ziegeleien: für Bayern 2 Pf., für Mecklenburg 3 Pf., für das Rheinland 4 Pf., für Magdeburg, Königsberg, Dresden, Leipzig je 5 Pf.

In der Zementindustrie: für Karlstadt 1 Pf., für Hannover 4 Pf., für Mitteldeutschland 5 Pf.

In der Bimssteinindustrie: für Neuwied 4 Pf.

In der Kalkindustrie: für Bielefeld und Niederschlesien je 4 Pf., für den Freistaat Sachsen und Thüringen je 5 Pf.

Für die feuerfeste Industrie: für Steffin 3 Pf., für Schlesien 4 Pf., für Köln 5 Pf.

In der Wandplattenerzeugung: für Boitzenburg 4 Pf., für Bremen 7 Pf.

In der Porzellanindustrie: 3 Pf.

In der Konservenindustrie: für die Altmark, für den Freistaat Sachsen, für Hannover und für Mecklenburg je 5 Pf.

In der Glaserindustrie: für Rheinland-Westfalen in zwei Zeitabschnitten 6 Pf.

Die Tarifvertragsdauer ist selbstverständlich in den verschiedenen Industriezweigen und auch in diesen wieder in den Bezirken abweichend. Alle Vereinbarungen enden im Jahre 1930, und zwar 3 Verträge im Januar, 11 Verträge im März, 6 Verträge im April, 2 Verträge im Mai, 4 Verträge im Juni, 2 Verträge im Juli, 5 Verträge im August, 10 Verträge im September, 11 Verträge im Oktober, 5 Verträge im Dezember.

Die Löhne selbst bewegen sich in der Höhe wie folgt: Chemie 72—92 Pf., Seifenindustrie 71—93,5 Pf., Papierindustrie 71—91 Pf., in der Ziegeleien-



Die Ungunst der wirtschaftlichen Lage hat aber der Entwicklung unseres Verbandes keinen Abbruch tun können. Auch im Frühjahr 1928 wurde eine große Anzahl von Lohnbewegungen eingeleitet, die fast durchweg zu einem günstigen Ergebnis führten. Aber darauf soll in einer späteren Betrachtung noch näher eingegangen werden. In diesem Abschnitt wollen wir uns lediglich mit der Mitgliederbewegung beschäftigen, in der sich die Erfolge der Lohnbewegungen und der sonstigen gewerkschaftlichen Arbeit nicht zuletzt widerspiegeln. In der folgenden Tabelle wird die Mitgliederbewegung nach Quartalen geordnet dargestellt:

Zahl der Mitglieder:

	Männliche	Weibliche	Zusammen
1. Quartal 1927	329 057	94 002	423 059
2. Quartal 1928	345 619	99 691	445 310
3. Quartal 1928	366 951	104 637	471 588
4. Quartal 1928	371 792	105 972	477 764
im Durchschnitt	355 900	101 710	457 700

Es ist ein durchaus zufriedenstellendes, im Hinblick auf die Verschlechterung der Wirtschaftslage im zweiten Halbjahre sogar ein glänzendes Ergebnis, das sich am Schlusse des Jahres 1928 zeigt. Durch fast alle Quartale hindurch sehen wir ein unaufhaltbares Steigen der Mitgliederzahlen. Der geringe Rückgang zum Schlusse des dritten Quartals ist kaum nennenswert. Zum Jahreschlusse zeigt sich schon wieder eine ganz entschiedene Wendung zum Besseren. Das ist besonders bedeutungsvoll, weil am Jahreschlusse die wirtschaftliche Lage weit schlechter war, als um die Mitte des Jahres. Und trotzdem ein beträchtlicher Mitgliederzuwachs vom dritten zum vierten Quartal! Von den 477 764 Mitgliedern, die wir am Schlusse des Jahres 1928 gegen 423 060 am Jahresende 1927 zählten, sind 371 792 männlichen Geschlechts, das sind 77,80 Prozent. Weibliche Mitglieder haben wir 105 972, also etwas weniger als der vierte Teil aller Mitglieder gehört dem weiblichen Geschlecht an. Der Prozentsatz ist hier fast genau der gleiche wie im Vorjahre. Die Zunahme betrug bei den männlichen Mitgliedern 42 735, das sind 12,99 Prozent, also ein etwas günstigeres Ergebnis als im Jahre 1927, in dem die Zunahme nur 12,31 Prozent ausmachte. Bei den weiblichen Mitgliedern macht die Steigerung der Zahlen 12,78 Prozent aus, etwas weniger als im vorangegangenen Jahre, in dem 13,31 Prozent Mitgliederzunahme erreicht wurden. Immerhin wurden auch im Jahre 1928 noch 11 970 Kolleginnen neu in den Verband aufgenommen. Die Mitgliederzunahme betrug zum Schlusse des Jahres 1928 insgesamt 54 705, das sind 12,93 Prozent, also absolut und proportional eine ansehnliche Steigerung gegen das Ergebnis des Vorjahres. Es ist ein glänzendes Zeugnis für die Werbekraft unseres Verbandes, nicht minder aber auch für die unermüdete Tätigkeit der Funktionäre, die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt. Trotz der im zweiten Halbjahre sehr fühlbar werdenden Verschlechterung der Wirtschaftslage ist die Mitgliederzunahme des wirtschaftlich günstigeren Vorjahres nicht nur erreicht, sondern sogar wesentlich überschritten worden. Ein Blick auf die Tabelle zeigt aber auch, daß der Hauptstrom der neuen Mitglieder im ersten und zweiten Quartal erfolgt, also zu einer Zeit, in der die meisten Lohnbewegungen eingeleitet oder abgeschlossen werden. Unter dem überzeugenden Eindruck dieser Wirtschaftskämpfe wächst dann in vielen Arbeitern die Erkenntnis, daß eine Besserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage eben nur durch eine starke Organisation zu erzwingen ist, daß sie allein vollkommen machtlos den Gewalten gegenüberstehen, die daran interessiert sind, den Arbeiter nicht zu einem freien, vollständig gleichberechtigten Gliede der Gesellschaft werden zu lassen.

Über „Woher“ und „Wohin“ der zugekommenen bzw. abgewanderten Mitglieder unterrichtet die folgende Tabelle:

Mitgliederzugang im Jahre		Mitgliederabgang im Jahre			
1927	1928	1927	1928		
Aufnahmen	139 815	142 339	Ausgeschieden	72 873	69 062
Agereift	11 332	13 129	Abgereift	29 457	29 254
Aus anderen Verbänden	7 368	8 134	Zu anderen Verbänden	9 261	10 581
Übergetreten	158 715	163 602	Übergetreten	111 591	108 897

Wir sehen hier, daß die Fluktuation im Jahre 1928 wieder etwas stärker geworden ist. Das liegt auch wohl zu einem großen Teil daran, daß die Grenzfreizügigkeiten zwischen den einzelnen Verbänden nun mehr und mehr ihre Erledigung finden. Durch den Abschluß von Kartellverträgen werden die Grenzen der Verbandsgebiete genauer festgelegt, so daß oft eine kleine Verschiebung der Mitglieder stattfindet. Vielleicht hat aber auch die ungunstige Wirtschaftslage dazu beigetragen, daß die Wanderlust sich wieder stärker bemerkbar machte. In dem Gesamtzugang von 163 602 Mitgliedern haben naturgemäß die Aufnahmen den größten Anteil, sie betragen 142 339, denen 69 062 wieder ausgeschiedene Kollegen gegenüberstehen. Agereift sind 13 129 Kollegen, während 29 254 ihr Bündel schnürten, um an anderen Orten ihr Glück zu versuchen. Aus anderen Verbänden sind 8 134 Mitglieder zu uns übergetreten, während wir 10 581 an andere Verbände verloren. Alles in allem steht den Gesamtzugängen von 163 602 Mitgliedern ein Abgang von 108 897 gegenüber, so daß sich die bereits erwähnte absolute Zunahme von 54 705 Mitgliedern ergibt.

Kriegs- und Nachkriegsjahre haben die Gewerkschaften, nicht zum wenigsten auch unsere Organisation, oft in schwerste Bedrängnis gebracht. Wie die Inflationsjahre die Mitgliederzahlen unseres Verbandes sprunghaft anzuheben ließen, wie die Zeit der Stabilisierung einen ersten Rückschlag brachte, der die Feinde der Gewerkschaftsbewegung rechtlich und links von uns in kümmerlichen Jabel über die baldige völlige Auflösung der verhassten Arbeiterorganisationen ansprechen ließ, das ist unseren Kollegen entweder aus eigenem Erlebnis oder aus den Jahrbüchern bekannt. Der gesunde Kern unseres Verbandes bewahrte sich aber glänzend. Die Hoffnung auf eine „Freie Bahn“ für hemmungslose Reaktion oder für verwerfungs- und sinnlosen Aberradikalismus erfüllte sich nicht. Sie wird sich auch nicht erfüllen. Das lehrt ein Blick auf die folgende Tabelle:

Jahr	Zugänge	Abgänge	Zunahme	Abnahme	Mitgliederzahl am Jahreschlusse
1924	100 269	296 822	—	196 553	325 750
1925	149 190	140 205	8 985	—	334 685
1926	161 697	120 447	41 250	—	375 935
1927	158 715	111 591	47 124	—	423 059
1928	163 602	108 897	54 705	—	477 764

Im Jahre 1924 ein Verlust von 196 553, im letzten Jahre ein Gewinn von 54 705 Mitgliedern. Die feste Entwicklung, die die letzten vier Jahre zeigen, wird auch weiterhin anhalten. Dafür sind uns die Erfolge eine sichere Gewähr, die unsere Organisation in ihrem Kampfe um die vollkommene Gleichberechtigung der Arbeiterklasse hatte und in Zukunft haben wird. Dafür bürgt uns auch die jähre, unermüdete Arbeit unserer Funktionäre, dafür sorgt die wachsende Erkenntnis und Einsicht der Arbeiter, daß 5 Pf. Lohnerböschung besser sind und mehr praktischen Klassenkampf bedeuten, als Berge von papierernen Resolutionen und unausführbaren Forderungen. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands wird seinen ungeheuren Einfluß und seine gewaltige Macht stets im Interesse der von ihm vertretenen Mitglieder und damit der gesamten Arbeiterklasse anwenden. Das sichert der zweitstärksten Arbeiterorganisation Deutschlands einen weiteren, unaufhaltbaren Aufstieg.

### Aus der Tiefe.

Es ist schwer, ein rechter Mensch zu sein und jedem Dinge sein rechtes Maß zu geben; wer aber mit der Schnelligkeit danach in der Tiefe geboren wird, der wird doch eher dazu kommen als jene, die zwischen Gipfel und Niederung erwachen, und denen das Oben wie das Unten gleich unbekannt und gleichgültig bleibt. Aus der Tiefe steigen die Befreier der Menschheit, und wie die Quellen aus der Tiefe kommen, das Land fruchtbar zu machen, so wird der Acker der Menschheit ewig aus der Tiefe erfrischet.  
Wilhelm Raabe.

### Die Auswirkungen der Rationalisierung.

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit gibt auf Grund amtlichen Materials der Gewerbeaufsichtsbeamten von 1927 Übersichten über die Auswirkungen der Rationalisierungsmaßnahmen in den einzelnen Wirtschaftszweigen heraus. Die bisher erschienenen Übersichten über die Glas-, Porzellan- und Papier-Industrie und über die Industrie der Steine und Erden gewähren bereits einen guten Einblick.

Aus der Fülle des Materials können wir natürlich nur Einzelheiten wiedergeben.

In den oben erwähnten Industrien hat die Rationalisierung mehr oder minder Eingang gefunden. Sicherlich ist der Stand von 1927 heute bereits um ein beträchtliches überholt.

An den Ziegelpressen sind selbständige Abschneidevorrichtungen angebracht.

Zahlreiche Unternehmer sind zu der selbsttätigen Befeuern der Ringöfen übergegangen.

In den großen Steinbrüchen aller Steinarten sind Preßluftanlagen in Gebrauch genommen worden, die den Arbeiter von der zeitraubenden Handbohrarbeit befreien.

Die Ziegeleien haben vielfach den bisherigen Lonaban mit der Hand durch den Baggerbetrieb ersetzt.

Vor allem wurden die Transporteinrichtungen, ganz besonders in der Industrie der Steine und Erden und der Papierindustrie, ausgebaut und modernisiert. Starke Verbreitung fand das automatische Transportband.

Der mühsame Transport der Steine auf Karren und das Aufsichten von Hand auf die Trockengefelle wird nun durch die automatische Transportvorrichtung besorgt.

In modernen Zementwerken ist der Betrieb so gestaltet, daß Transporte von Hand, nachdem das Steinmaterial in die Steinbrecher aufgegeben ist, bis zur Abnahme der Säcke mit fertigem Zement, überhaupt nicht mehr erforderlich sind.

Im Kalksteinbruch sind große Bagger angeschafft, welche das Material an der Bruchwand in Transportwagen verladen, die es mittels Seilbahn zu einer großen Brechanlage bringen. Dort wird es auf bestimmte Korngrößen zerklüftet und durch Förderbänder, Schnecken, Becherwerke einer Sortier- und Waschanlage zugeführt. Das so bearbeitete Material wird in Bunkern gelagert und von hier in die Eisenbahnwagen entleert oder mittels Hängebahn den mechanisch beschickten Schachtföhen zugeführt, aus denen der gebrannte Kalk in die Eisenbahnwagen abgezogen werden kann.

In den Zellstoffabriken ist die Kocherentleerung durch mechanische Hilfsmittel vereinfacht worden. Verwendung finden kleine Benzollokomotiven für Transporte aller Art, insbesondere für Holztransporte, Transportbänder, Holzverteiler in Holzflößen.

Die zu zerkleinernden Holzblöcke werden jetzt den Hackmaschinen durch erdlose Transportketten und durch Gleitriemen unmittelbar zugeführt, während der Transport früher durch Menschenhand erfolgte.

Die Entleerung der Kesselkohle aus den Eisenbahnwagen erfolgt mechanisch.

Die Beschickung der Siebplinder-Reinigungsanlage erfolgt mechanisch.

Alle bisher durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen haben eine nicht unbeträchtliche Freisetzung von Arbeitskräften zur Folge gehabt (Bezirk Köslin).

Infolge des Baggerbetriebs ist die Arbeiterzahl in den Longruben auf 1/2 bis 1/3 der früheren Zahl zurückgegangen.

Durch die Aufstellung der automatischen Sackpack- und Wiegemaschine packen drei Arbeiter die gleiche Menge Zement wie früher zehn.

Die Erzeugung des Handschwemmsteinklopfers durch den Automaten erspart 16 Arbeitskräfte.

Durch Anschaffung eines Eimerbaggers wurden von 20 Arbeitern die Hälfte entbehrlich.

Bei der mechanischen Entleerung des Eisenbahnwagenwagens ist nur noch ein Mann nötig. Früher waren bei der Entleerung mit der Hand 12 Frauen beschäftigt.

Bei der Sortierarbeit (Papierfabrik) wird jetzt etwa ein Fünftel der Zeit gegen früher erspart.

Während ein Handschwemmsteinklopper bei zehnstündiger täglicher Arbeitszeit etwa 1000 Steine herstellen konnte, leistet ein Automat in achtfündiger Schicht etwa das zwanzigfache.

In den Berichten kommt einheitlich zum Ausdruck, daß die Rationalisierung in gesunder Beziehung für die Arbeitnehmer zu keinen Klagen Anlaß gegeben hat. Wir geben einige Auszüge aus den Berichten:

Betrifft eine Papierfabrik: Der abrigbleibenden Arbeiterkraft haben die Rationalisierungsmaßnahmen bessere Arbeitsbedingungen gebracht, zum Beispiel Befreiung von schwerer körperlicher Transportarbeit.

Die Klagen der Sortiererinnen über Augenschmerzen, die besonders in den Herbst- und Wintertagen auftraten, haben nach der besseren Arbeitsplatzgestaltung aufgehört.

Körperliche oder seelische Schädigungen, der bei der Fließarbeit tätigen Arbeiterinnen sind bislang nirgends beobachtet worden.

Das anstrengende Füllen und Entleeren der heißen Öfen fällt jetzt weg.

Durch die Einführung des Baggers ist auch eine wesentliche Entlastung der unter den Unbilden der Witterung und der körperlich äußerst stark beanspruchten Handarbeiter verbunden.

Durch die Anschaffung neuerzeitlicher Öfen sind die Arbeiter der Hitze und dem Flugstaub weniger ausgesetzt.

Die Rationalisierungsmaßnahmen in der Zementindustrie haben für die Arbeiter den Vorteil, daß die Arbeit gegen früher leichter geworden ist und die Staubeentwicklung nur noch eine verhältnismäßig geringe ist.

Die automatische Transporteinrichtung macht die Verwendung von Arbeitskräften an gesundheitlich nachteiligen Arbeitsstellen mehr und mehr entbehrlich.

Die Rationalisierungsmaßnahmen sollen auch die Unfallsicherheit erhöhen haben. So heißt es in einem Bericht, daß, obwohl der Betrieb infolge wirtschaftlichen Aufstiegs die Belegschaft vermehrt hat, die Unfallsziffer nicht gestiegen ist. Zur Erhöhung der Betriebssicherheit soll die immer mehr in Wegfall kommende Transmissionskraft beitragen. Dadurch wird eine bessere Raumbeleuchtung erreicht und die Übersichtlichkeit des Betriebes gehoben. Die Transmissionsanlagen werden durch den elektrischen Einzelantrieb ersetzt.

Welche Vorteile bringen die bisherigen Rationalisierungsmaßnahmen der Arbeitnehmerschaft und den Unternehmern?

Dem Unternehmertum gesteigerte Produktion bei verminderten Produktionskosten — so wurde eine starke Herabsetzung der Lohnquote herbeigeführt —, und damit Erhöhung des Profitanteils.

Und der Arbeitnehmerschaft? Keineswegs die Vorteile, die sie den Unternehmern gebracht hat. Nach den Berichten ist ja die Rationalisierung nicht ohne Verbesserung für die Arbeitnehmerschaft gewesen. Vor allem in der besseren Gestaltung der hygienischen Arbeitsverhältnisse, indem die Arbeitnehmerschaft von der schweren und gefährlichen Transportarbeit und von der gesundheitschädlichen Hitzearbeit an den Öfen befreit wird. Abgesehen davon, daß die Rationalisierungsmaßnahmen Arbeitserleichterungen mit sich gebracht haben, so stehen doch im allgemeinen die in den Berichten enthaltenen Mitteilungen, nämlich, daß die Rationalisierung keine gesundheitlichen Schäden mit sich bringt, und die Arbeitnehmer auch selbst darüber keine Klagen führen, in scharfem Gegensatz zu anderen Beobachtungen, und vor allem auch zu der Statistik, die eine Zunahme der Nervenkrankungen verzeichnet. Und gerade das Anwachsen der Nervenkrankheiten wird und ist auf die Rationalisierung zurückzuführen. Hier liegt ein großer Widerspruch. Ihn anzuklären, wird man sich angelegen sein lassen müssen. Auch die Mitteilungen in den Berichten, daß die Unfallsicherheit überall zugenommen hat, stehen in einem Gegensatz zu der ständig steigenden Unfallzahl, die durch die Geschäftsberichte des Reichsversicherungsamtes und der Berufsvereinigungen ausgewiesen werden. Durch diese Gegensätzlichkeit gewinnt man den Eindruck, daß das Material der Gewerbeaufsichtsbeamten nicht mit der nötigen Vorsicht zusammengetragen worden ist.

Jedenfalls hat die Rationalisierung, nach all dem Material was jetzt vorliegt, bisher eine bessere und einwandfreiere Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in gesundheitlicher Beziehung nicht mit sich gebracht.

Wo sind nun eigentlich die Erfolge der Rationalisierung für die Arbeitnehmerschaft? Nirgend! Denn die Rationalisierung hat bisher für die Arbeitnehmerschaft auch zu keiner Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse geführt. Es besteht die Tendenz sinkender Löhne, denn bekanntlich sind die Unternehmer bestrebt, die Spanne zwischen den Löhnen der Gelernten und der Angelernten zu vergrößern.

Die Rationalisierung hat außerdem eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit mit sich gebracht.

Darum ist es durchaus zu verstehen, wenn die Arbeitnehmerschaft den Rationalisierungsmaßnahmen des öfteren feindselig gegenübersteht. Das Urteil, daß die Erfolge der Rationalisierung bisher nur auf Kosten der Arbeitnehmerschaft gegangen sind, ist daher keineswegs zu gewagt.

Die Stellung der Gewerkschaften zur Rationalisierung ist ja bekannt. Sie sind kein Feind des technischen Fortschritts. Er wäre ja auch nicht anzuhalten. Und schließlich müssen die wirtschaftlichen Erfolge der Rationalisierung der ganzen Gesellschaft, und damit auch der Arbeitnehmerschaft, zugute kommen. Diesen Prozeß zu beschleunigen, liegt im Interesse der Arbeitnehmerschaft. Das Ziel ist, daß der technische Fortschritt der Gesamtheit und nicht einzelnen zugute kommt.

Es ist daher ein Blick auf die folgende Tabelle:



Der moderne Begriff der „Frauenkunde“ umfaßt die Kenntnis von der Eigenart der Frau in allen ihren Lebensäußerungen. Führende Forscher auf dem Gebiet bezeichnen Frauenkunde als das Gesamtgebäude, zu dem Frauenheilkunde sich nur wie eines seiner Stockwerke verhalte, ein kleiner unbedeutender Abschnitt des großen Ganzen. In der wissenschaftlichen Weiterarbeit der Frauenkunde ist heute in besonders hohem Maße die Krankenkassenversicherung interessiert. Als eine ihrer wichtigsten Aufgaben hat sie darüber Forschungen anzustellen, inwieweit Krankheitsziffern und Beruf gerade bei den Frauen in einen ursächlichen Zusammenhang stehen. Nicht nur die Veränderung des Geschlechtsverhältnisses der Versicherten (1885 entfielen auf 100 männliche Mitglieder 22,2 weibliche, 1925 aber bereits 61,6) ergibt die Notwendigkeit für die Versicherung, sich mit dem Problem der Frauenkunde zu beschäftigen. Es kommt hinzu, daß seit Ende der 90er Jahre die mittlere Krankheitsdauer der Frau die des Mannes übersteigt und von da an zunehmend weiter übersteigt. Die übermäßige Anstrengung der Frau durch Berufsarbeit, Hausfrauenpflichten, Mutterpflichten und — leider muß man das in Deutschland schon fast regelmäßig hinzusehen — durch Fehlgeburten ergibt nicht nur eine auffallende Steigerung der Erkrankungshäufigkeit, sondern auch eine Steigerung der Krankheitsdauer gerade in den Jahren der regsten Geschlechtsfähigkeit. In sehr bereicherter Weise belegt dies die Statistik der Leipziger Ortskrankenkasse: Von 100 männlichen Mitgliedern erkrankten zwischen dem 25. und 34. Lebensjahr 38, von 100 weiblichen im selben Lebensabschnitt dagegen 50,2 Prozent. Diese Zahlen werden sich im Laufe der Jahre noch mehr zuungunsten der Frauen verschieben, wenn es erst gelungen ist, die Familienversicherten statistisch mit zu erfassen.

In weiser Einschätzung der Verhältnisse wurde daher im Jahr 1925 vom Vorstand des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen das Deutsche Institut für Frauenkunde in Berlin ins Leben gerufen, das durch seine Propagierung hygienischer Maßnahmen, durch Merkblätter, durch Filmbelehrung und durch das ihm soeben angegliederte Volksmuseum für Frauenkunde die Möglichkeit haben wird, der werktätigen Bevölkerung, vor allem der weiblichen, den Sinn und die Wohltat moderner Hygiene zu zeigen. Daneben ist das Deutsche Institut für Frauenkunde bemüht, tüchtige Frauenärzte in möglichst großer Zahl auszubilden, denn, wie Frauenärzte in die Krankenhäuser gehören, so ist nach Lage der heutigen Verhältnisse zu fordern, daß jede Kasse über einen fachwissenschaftlichen Frauenarzt verfügt, der die große soziale Bedeutung und die großen sexualhygienischen Perspektiven dieses Faches beherrscht.

Über die derzeit vorliegenden Untersuchungen des Instituts und seine auf lange Sicht angelegten Ziele lassen sich heute noch keine bindenden Schlüsse ziehen. Selbstredend werden Berufsstatistiken eine große Rolle spielen, obwohl bei ihrer wissenschaftlichen Durcharbeit mit außerordentlicher Vorsicht vorgegangen werden muß, die im Wesen jeder statistischen Erhebung begründet liegt. Alle Fälle, die auch nur mit dem Verdacht einer Berufschädigung auftreten, sind mit besonderer Sorgfalt zu prüfen. Nur so können die Berufsstatistiken der Kassen brauchbares Material zur Forschung beisteuern. Das Deutsche Institut für Frauenkunde hat einstweilen folgenden Weg eingeschlagen: Mit Unterstützung der Regierung und eines Gewerbedirektors informiert sich der Facharzt so eingehend über den Fabrikbetrieb, daß er sich mit Hilfe des Films, eigener Untersuchungen und der speziellen Untersuchung der Frauen ein Bild über die ursächlichen Zusammenhänge zwischen Beruf und Krankheit machen kann.

Fraglos gibt es zahlreiche Betriebe mit Einrichtungen, denen gesundheitliche Mängel anhaften, die aber bei genügender Aufklärung abzustellen sind. So läßt beispielsweise das Deutsche Institut durch Röntgenaufnahmen des ganzen Menschen in gerade sitzender und in krumm hockender Stellung die anatomischen Grundlagen studieren, und durch Lungenaufnahmen die Atmung und Lungenkapazität feststellen. Solche Untersuchungen führen dann letzten Endes zu praktischen Vorschlägen und Anweisungen, die auf dem Wege über die staatliche Gewerbeaufsicht den Betrieben übermitteln werden.

Diesem exakten Studium der Berufschädigung steht das große zu erstrebende Ziel gegenüber: Gesunderhaltung unserer Frauen im Beruf! Leider wird ärztlicherseits immer von neuem geklagt, daß alle hygienischen Maßnahmen einen Schlag in die Luft bedeuten, wenn es nicht gelingt, ihren Sinn den Frauen selbst zum Bewußtsein zu bringen; daß die besten Bekleidungsvorschriften, die besten technischen Anlagen, wie sie in einigen Fabriken nach den Angaben des Instituts bereits den speziellen Anforderungen des Frauenkörpers angepaßt werden, nichts nützen, wenn sie von den Frauen selbst nach erstmaliger Benutzung vernachlässigt werden. Durch Filmbelehrung kann hier aber vieles erreicht werden. Leider können einstweilen bei den beschränkten Mitteln des Instituts diese Möglichkeiten noch nicht voll ausgenutzt werden. Es werden in erster Linie gewerbehygienische Merkblätter, den verschiedenen Verhältnissen angepaßt, verbreitet, und stiften sicher Nutzen.

Dieser kurze Einblick in das große Arbeitsgebiet der Frauenkunde soll nicht schließen, ohne das trostloseste Kapitel der Gesundheitschädigung der Frau kurz zu beleuchten, das durch Fehlgeburten. Sie gehört zu denjenigen Erkrankungen, bei denen subjektives Wollen und Massenuggestion, soziale Lage und Wohnungselend eine viel wichtigere Rolle spielen als der Beruf. Es handelt sich um eine Schädigung von sozialhygienischer so überragender Bedeutung, daß sie heute geradezu die Form eines Verhängnisses annimmt. Das Beispiel einer anderen Krankheit mag uns das gründlich zum Bewußtsein bringen: Die Breslauer Ortskrankenkasse meldete 1927 infolge Tuberkulose arbeitsunfähige weibliche Mitglieder in 1991 Fällen, infolge Fehlgeburt aber 3447 Fälle! Die Betriebskrankenkasse der ICG, 1915 noch 592

Lebendgeburten und 349 Fehlgeburten; 1925 aber 406 Lebendgeburten und — man höre! — 666 Fehlgeburten! Diese Zahlen sprechen eine noch trostlosere Sprache, wenn wir hören, daß nicht weniger als 47 Prozent verheirateter Frauen betroffen waren! Der Berliner Gewerbeaufsichtsbeamten-Bericht von 1925 zählt in zehn Betrieben mit 7940 Arbeiterinnen 376 Geburten, dagegen 464 Fehlgeburten. Dazu muß noch bemerkt werden, daß die Fehlgeburten des ersten Monats so gut wie nie in Erscheinung treten, von den Frauen nicht gemeldet werden. Nimmt man diese dazu, so muß man zu ganz entsetzlichen Zahlen kommen. In den Jahren 1924 und 1925 kamen nach dem Bericht der Berliner Allgemeinen Ortskrankenkasse auf 4684 Geburten 5150 Fehlgeburten, davon 3 im Alter bis zum 15. Lebensjahr, 809 im Alter von 15—20 Jahren, 1350 im Alter von 21—25 Jahren, 2199 im Alter von 26—35 Jahren und 751 im Alter von 36—45 Jahren. In allen diesen Altersklassen kommen viel mehr Fehlgeburten als Geburten vor.

Diese gewaltige Zunahme der Fehlgeburten — und das ist für solche Statistik wesentlich, zu betonen — hängt nicht mit der Arbeit zusammen, sondern ist von dem Gebärwillen der Frau abhängig. Dieser aber hängt seinerseits ab von der Lebensgestaltung und wirtschaftlichen Situation. Wie kann dieser Wille zum Rinde sich auch erhalten inmitten eines Wohnungselends von heutigen Ausmaßen, einer sozialen Lage,

Der Einsame.

Einsam nur ist der in Not und Schmerz, der sich den Pflichten des Allgemeinen zu entziehen wußte, nicht Sorgen trug, wenn andere Sorgen trugen, nicht Freuden teilte, die gemeinsam waren, und nicht durch dieses oder jenes Band zusammenhing mit Einzelnen und Allen...

Waldbüller.

die bei dem Aufbau unserer Wirtschaft so gut wie keinerlei Rücksicht nimmt auf kinderreiche Familien. Die Untersuchungen großer Frauenkliniken haben einwandfrei ergeben, daß 80—99 Proz. aller Unfälle nicht durch vermehrte Anstrengung oder Belastung bei der Arbeit hervorgerufen wurden, sondern durch die Frauen selbst mit Absicht eingeleitet waren. Die Durchschnittsdauer der Rekonvaleszenz wird mit 20 Tagen angegeben. Schlimmer aber noch als diese enorme finanzielle Belastung der Krankenkassenversicherung selbst ist die Tatsache, daß nahezu 50 Prozent aller übrigen Frauenkrankheiten von diesen Aborten ihren Ausgang nehmen.

Eine wesentliche und bedeutende Tat, deren Anregung vom Chefarzt der Berliner Ambulatorien ausging, ist deshalb die Einrichtung einer „sexualhygienischen“ Beratungsstelle, die einerseits den Gebärwillen der Frauen, die es können, stärkt, aber auch denjenigen Frauen, die ihn nicht haben und auch nicht haben können, Mittel und Wege an die Hand gibt, um den Gefahren der Fehlgeburt zu entgehen. Das Deutsche Institut für Frauenkunde steht diesen Bestrebungen wärmstens zur Seite. Bei all seinen Möglichkeiten, die Gesunderhaltung der Frau im Beruf auf jede Weise zu fördern, dürfte auch hierin ein wichtiger Programmpunkt des Arbeitsplanes des Deutschen Instituts für Frauenkunde gegeben sein.

Es ist zu erwarten, daß ebenso wie das Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus zu einer Zentrale für Säuglingskunde geworden ist, das Deutsche Institut für Frauenkunde zu einer Zentrale für alle frauenkundlichen Bestrebungen im Deutschen Reich wird, und damit Förderung und Erhaltung unseres größten Volkvermögens — die Gesundheit unserer Frauen — besser gewährleistet als bisher.

Funktionärinnen-Konferenz im Gau 13.

Am 12. Mai fand in Frankfurt a. M. eine Frauenkonferenz statt mit folgender Tagesordnung: 1. Sozialpolitik und Arbeiterinnenfragen (Ref. Kollegin A. Jammert, Hannover); 2. Die erwerbstätige Frau und das Arbeitsrecht (Ref. Kollegin Schmidt, Hannover). Erschienen waren 86 Kolleginnen und 16 Kollegen aus 14 Zahlstellen. Die Veranstaltung war vertreten durch die Kolleginnen Bruns und Rühl und der Hauptvorstand durch die Kollegin Jammert und den Kollegen Schmidt.

Der Leiterin Koll. Bruns eröffnet und begrüßt kurz nach 10 Uhr die Konferenz. Die Kollegin Rapp (Darmstadt) wurde zur Schriftführerin gewählt.

Kollegin Jammert gibt ihrer Freude Ausdruck, daß es auch im Gau 13 mehr und mehr interessierte Funktionärinnen gibt und es möglich war, eine Konferenz in solchem Ausmaße zustande zu bringen. Frauenkonferenzen sind notwendig, weil die Frauarbeit aus dem Wirtschaftsleben nicht mehr fortzudenken ist und die Kollegin deshalb auch mehr als bisher alle gewerkschaftlichen und politischen Fragen verstehen lernen und daraus Schlussfolgerungen ziehen muß.

Die Arbeiterinnenfrage ist mit der Sozialpolitik eng verbunden. Drei Richtlinien kennen wir in der Sozialpolitik: Schutz der Arbeitskraft, Lohnschutz und Schutz der Person. Die Arbeiterfrage war in früheren Jahren gänzlich schlinglos dem Unternehmertum ausgeliefert. Erst durch die politische und gewerkschaftliche Organisation konnte die Arbeiterfrage die Sozialpolitik wesentlich mitbestimmen. Rednerin gibt einen Überblick über die Entwicklung der sozialpolitischen Bestimmungen, angefangen vom ersten Kinderduldgesetz in Deutschland vom Jahre 1839 bis zum jüngsten Zweig der Sozialpolitik: der Arbeitslosenversicherung. Zu erwähnen sind noch die Jahre 1883 bis 1889, in denen die Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherungsgesetze entstanden.

Einer besonderen Erörterung bedarf der Mutterschutz. In längeren Ausführungen über die Gefahren bei der Arbeit und die häufigen Erkrankungen der Frauen erklärt die Referentin, größte Aufklärungsarbeit über die Schwangeren- und Wöchnerinnenbeschäftigungen sei unbedingt notwendig. Am 1. Juni treten verschiedene Verbesserungen im Mutterschutz in Kraft, so daß die Kolleginnen immer mehr die Möglichkeit haben, die Bestimmungen für sich in Anwendung zu bringen und als besondere Arbeiterinnenbeschäftigungsfrage in den Vordergrund zu stellen. Häufig sind Unfälle und Erkrankungen auf das angepasste Arbeitsstempo im Betrieb zurückzuführen. Großen Schaden stiftet die Kolleginnen nicht nur gesundheitlich, sondern auch lohnpolitisch durch die anstrengende Akkord- und Prämiararbeit zu. Hier muß den jeweiligen Verhältnissen entsprechend eine vernünftige Arbeitsweise überall angestrebt werden.

Die Unternehmer sehen allen sozialen Einrichtungen feindselig gegenüber. Bei fast allen Lohnverhandlungen haben sie damit argumentiert, daß die „Soziallasten“ für den Betrieb nicht mehr tragbar seien. Sie fordern Abbau der Sozialpolitik. Um so mehr haben unsere Kolleginnen die Aufgabe, die bereits vorhandenen Rechte zu wahren und zu nützen. Jede Kollegin kann im Betriebe wertvolle Arbeit zur Stärkung der Organisation leisten, besonders aber auch dazu beitragen, daß der Arbeiterinnenschutz gebührende Beachtung und Weitergestaltung erfährt.

Der Kollege Schmidt führte in seinem Vortrag über „Die erwerbstätige Frau und das Arbeitsrecht“ unter anderem aus:

Das Arbeitsrecht ist für Arbeiterinnen und Arbeiter gleich. Eine Ausnahme bilden nur die Schutzvorschriften für die Frauen. Das Arbeitsrecht von heute kann nicht beibehalten, weil es aus dem Sach- und Schuldrecht hergeleitet wird. Dieses wieder entspricht nicht den heutigen sozialen Verhältnissen, weil es von dem römischen Recht stammt. Unsere Aufgabe muß deshalb darin bestehen, das heutige Arbeitsrecht zum Menschenrecht umzugestalten.

Diese schwierige Aufgabe kann aber nur gelöst werden, wenn sich auch unsere Kolleginnen um das bestehende Recht kümmern und von diesem weitestgehend Gebrauch machen und es bis zur äußersten Konsequenz ausnützen. Diese Rechtskenntnis bringt nicht nur eine Reihe persönlicher Vorteile, sondern schafft auch die Grundlage für planmäßige Zukunftsarbeit.

Der Referent legt dann das Wesen des Arbeitsvertrages dar; entwickelt das Zustandekommen des Vertrages und die verschiedenen Regeln, den Vertrag anzusehen oder ihn für nichtig erklären zu können. Er erläutert den Lohnschutz, dessen Sicherung und die beschränkten Möglichkeiten, die eine Aufrechnung oder einen Wegzug zulassen.

In Hand einiger Reichsarbeitsgerichtsentscheidungen legt er die Art der Rechtsprechung dar.

In seinen weiteren Ausführungen erörtert Redner das Einspruchsverfahren bei Entlassungen und kommt dann auf den Arbeiterinnenschutz bezüglich der Arbeitsdame und Betriebsseinrichtungen zu sprechen.

Zum Schluß kam er zu dem Ergebnis, daß die Kolleginnen mehr Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen an den Tag legen müssen, um in Gemeinschaft mit den Männern die Rechtsverhältnisse so zu gestalten, wie sie der heutigen Wirtschaftsform und überhaupt den Zeitverhältnissen entsprechen.

Beide Referate wurden beifällig aufgenommen. In der Diskussion beteiligten sich die Kolleginnen Kieger (Frankfurt), Leib (Offenbach), Koghoff (Darmstadt), Stenger (Hannover) und Andres (Höchst) und außerdem die Kolleginnen Stahl und Rühl. In der Diskussion wurde die Frauenkonferenz als äußerst zweckmäßig begründet und beiden Referenten der Dank für ihre Ausführungen ausgesprochen mit dem Wunsche, im Interesse der Funktionärinnen öfter solche Konferenzen abzuhalten. Nach Beantwortung der gestellten Rechtsfragen aus den Reihen der Kolleginnen durch den Kollegen Schmidt (Hannover) dankt der Kollege Bruns den Versammlungsteilnehmern, insbesondere den Kolleginnen für ihre Aufmerksamkeit und für ihr Interesse, das sie während der beiden Vorträge gezeigt haben. Mit dem Wunsche, daß das Gebörte zur weiteren Aufklärung der Kolleginnen in den Betrieben beitragen möge, und eine gute Vorbearbeit für den Fabrikarbeiterverband zu verzeichnen sein dürfte, wurde die Konferenz gegen 2 Uhr geschlossen.

Im Anschluß hieran fand eine gemeinschaftliche Besichtigung des Frankfurter Palmgartens statt.

Jugendbewegung.

Die Jugend im Strafrecht.

Was man vom Jugendgerichtsgesetz wissen muß.

In der Republik hat die Behandlung straffällig gewordener Jugendlicher einen gründlichen Wandel durchgemacht. Bis zur Schaffung des Jugendgerichtsgesetzes im Jahre 1923 wurden Jugendliche nach den allgemeinen Strafgesetzen, d. h. in derselben Weise wie erwachsene Straffällige behandelt. Statt zu versuchen, den Gesetzbrecher durch erzieherische Maßnahmen zu bessern, übte man früher einfach Vergeltung an ihm durch möglichst harte Bestrafung und moralische Achtung. Die neue Richtung in der Strafrechtspflege, die einen gestrafften Menschen nicht noch tiefer hinabstoßen, sondern ihn durch erzieherische Maßnahmen auf den rechten Weg zurückzuführen will, hat dem Jugendgerichtsgesetz seinen Inhalt gegeben. Erziehung statt Vergeltung ist der Grundgedanke dieses Gesetzes.

Konnten früher Kinder über 12 Jahre strafrechtlich verfolgt werden, so ist durch das Jugendgerichtsgesetz die Strafmündigkeit auf 14 Jahre heraufgesetzt worden. Die besonderen Bestimmungen dieses Gesetzes beziehen sich nur auf Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren. Nur derjenige straffällige Jugendliche kann bestraft werden, der zur Zeit der Tat noch seiner geistigen und sittlichen Entwicklung fähig war, das Angelegliche der Tat einzusehen und seinen Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen. Nur derjenige junge Mensch kann bestraft werden, der fähig war, einzusehen, daß er eine gesetzlich verbotene Tat begeht und der den Willen und die sittliche Kraft besaß, von dem gesetzwidrigen Tun abzulassen.

Der Jugendliche ist milder zu verurteilen als der Erwachsene. So darf das Urteil gegen einen Jugendlichen nicht auf Todesstrafe, Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Polizeiaufsicht und Arbeitshaus lauten. Nur bei den schwersten Straftaten darf ein Jugendlicher bis zu 10 Jahren Gefängnis oder Festungshaft erhalten. Im übrigen beträgt bei Jugendlichen die Freiheits- oder Gefängnisstrafe nur die Hälfte der für Erwachsene vorgesehenen Strafe.

Früher mußte ein jugendlicher Gesetzesverlezer auf jeden Fall vom Staatsanwalt angeklagt und vom Richter verurteilt werden. Dieser Anklage- und Verurteilungszwang ist durch das Jugendgerichtsgesetz beseitigt worden. Kommen Staatsanwalt und Jugendrichter zu der Überzeugung, daß bereits hinreichende Erziehungsmaßnahmen angeordnet sind, oder daß es sich nur um eine geringfügige Sache handelt, so wird gar nicht erst gegen den jungen Menschen Anklage erhoben. Unter den gleichen Voraussetzungen kann selbst nach der Anklageerhebung das Strafverfahren eingestellt werden. Wo es sich um besonders leichte Fälle handelt, kann das Gericht auch im Urteil von Strafe absehen. Von Strafe kann das Gericht ganz allgemein absehen, wenn ausreichende Erziehungsmaßnahmen getroffen sind. Daraus geht hervor, daß dem Jugendrichter eine große Machtfläche gegeben und das Schicksal des Jugendlichen in die Hände des Gerichts gelegt ist. Ju Jugendrichtern werden nach Möglichkeit solche Persönlichkeiten bestimmt, die der Jugend, ihrem Denken und Handeln besonderes Verständnis entgegenbringen.

Das Jugendgerichtsgesetz ist in entscheidender Weise auf den Erziehungsmahregeln aufgebaut. Man ist von der richtigen Erkenntnis ausgegangen, daß entehrende Strafen, besonders Freiheitsstrafen, den straffälligen Jugendlichen nicht bessern, sondern sein Schicksal nur verschlechtern. In Gefängnissen ist noch kein junger Mensch gebessert worden, wohl aber hat die Gefängnishaft manchen unreifen Menschen erst recht auf die Bahn des Verbrechertums gedrängt. Als Erziehungsmaßnahmen kommen in Frage: Verwarnung, Überweisung in die Jucht der Erziehungsberechtigten oder Schule, Ansetzung besonderer Verpflichtungen (z. B. Alkohol- und Rauchverbot), Unterbringung, Schulaufsicht und Fürsorgeerziehung. Alle diese Maßnahmen dürfen an den Jugendlichen bis zur Volljährigkeit, also bis zu 21 Jahren durchgeführt werden. Das Jugendgericht entscheidet, ob es die erforderlichen Erziehungsmaßnahmen selbst anordnet oder ihre Ausführung und Anwendung dem zuständigen Vormundschaftsgericht überlassen will.

Kommt das Gericht zu der Überzeugung, daß die Erziehungsmaßnahmen nicht ausreichen, so muß es außerdem auf Strafe erkennen. In solchen Fällen hat dann das Jugendgericht zu prüfen, ob die bedingte Strafaussetzung angebracht ist. Diese



bedingte Strafaussetzung geht davon aus, daß gerade bei einem Jugendlichen häufig die Hoffnung auf Erlass der verhängten Strafe geeignet ist, ihn von der Verweigerung weiterer Straftaten abzuhalten und zu bessern, und zwar wirksamer, als dies durch den Vollzug der Strafe erreicht werden könnte. Das Jugendgericht kann die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe im Urteil aussetzen, damit sich der Jugendliche durch gute Führung während der Probezeit, die 2 bis 5 Jahre beträgt, Straferlass verdienen kann. Es besteht die Möglichkeit, dem Jugendlichen während der Bewährungsfrist besondere Verpflichtungen (z. B. Mißshandlung, Kinoverbot) aufzuerlegen und eine Schußaufsicht anzuordnen. Führt sich der Jugendliche während der Probezeit schlecht, so kann die Vollstreckung der Strafe angeordnet werden. Während der Bewährungsfrist hat das Gericht den Jugendlichen dauernd im Auge zu behalten und seine geistige und sittliche Haltung zu beobachten. Ist die Probezeit abgelaufen, so muß das Jugendgericht darüber entscheiden, ob der Jugendliche sich bewährt hat und die Strafe erlassen oder, falls das Verhalten des Jugendlichen nicht zufriedenstellend war, die Vollstreckung der Strafe angeordnet werden soll.

Der Strafvollzug gegen Jugendliche soll in jeder Hinsicht der Erziehung dienen. Aus diesem Grunde sollen inhaftierte Jugendliche vor allen Dingen von anderen erwachsenen Gefangenen getrennt gehalten werden. Freiheitsstrafen über einen Monat sollen in besonderen Jugendgefängnissen oder eigens abgetrennten Jugendabteilungen der Strafanstalten vollstreckt werden. Nur mit Zustimmung des Anstaltsrates dürfen Jugendliche länger als drei Monate in Einzelhaft oder Zellenhaft belassen werden. Verboten ist den Jugendlichen der Genuß von Tabak und Alkohol, Gärtnerei und landwirtschaftliche Arbeiten im Freien sollen ihre Hauptbeschäftigung sein und ihre tägliche Arbeitszeit ist auf acht Stunden beschränkt. Vier Stunden tägliche Erholungszeit sind vorgesehen, von denen sie sich zwei Stunden im Freien mit körperlichen Übungen betätigen sollen. Es bestehen erleichterte Bestimmungen für den Briefverkehr der Jugendlichen.

Um den verurteilten Jugendlichen ihr Fortkommen nicht zu erschweren, ist gesetzlich bestimmt, daß bei Jugendlichen über Verurteilungen, die in das Strafregister aufgenommen worden sind, nach Ablauf einer Frist, die je nach der Schwere der Strafe 3 bis 6 Jahre läuft, nur noch beschränkte Auskunftsrechte zu erteilen und nach einer weiteren Frist der Strafregistervermerk ganz zu tilgen ist. Ist beschränkte Auskunft festgesetzt, so darf die Strafe im polizeilichen Führungszeugnis nicht erwähnt werden. Ist der Strafvermerk getilgt worden, so ist bei einer späteren Straftat schwere Bestrafung wegen Rückfalls ausgeschlossen.

Alljährlich wird eine große Anzahl junger Menschen straffällig, teils aus Unwissenheit und mangelnder Einsicht, zum größeren Teil aus sozialer Not. Es muß als ein großer Kulturfortschritt gemeldet werden, daß man in diesen gestrauchelten Jugendlichen nicht mehr wie früher verdorbene Bösewichter erblickt, gegen die man die ganze Schwere des Gesetzes anwenden muß. Daß Jugendliche heute gerecht, verständlich und menschlich vor Gericht behandelt werden, ist nicht zuletzt der Aufklärungsarbeit und dem Kampf der modernen Arbeiterbewegung zu verdanken.

### Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

#### Knappschaftliche Verwaltungspraxis.

Die heßlich-hüringische Knappschaft lehnte die erweiterte Familienhilfe für die Mutter eines Mitgliedes ab. Der Knappschaftsälteste, um Auskunft angegangen, schrieb an die Knappschaft: "... Ich bitte ergebenst um Auskunft, aus welchen Gründen ..."

Die Knappschaft macht geltend, daß die Mutter im Besitz eines Hauses und von Land und Wiese sei. Der Knappschaftsälteste legte daraufhin klar, daß das ein Irrtum wäre, denn der Sohn sei Besitzer dieses Anwesens, und zwar schon einige Jahre lang. Die Mutter habe weder früher noch jetzt etwas bejessen. Er bittet deshalb ergebenst um die Erteilung eines berufsungsfähigen Bescheides.

Die Verwaltung der Knappschaft lehnt das aus formalen Gründen ab und bezweifelt, daß der Sohn seine Mutter von seinem Arbeitsverdienst ganz oder überwiegend unterhält. Wörtlich heißt es dann in einem Schreiben vom 8. März 1929:

Durch Schreiben vom 7. März 1929 bemängeln Sie nur den abgelehnten Bescheid der Knappschaft, ohne auf den Kern der Sache auch nur einzugehen, geschweige denn den Nachweis zu erbringen. Diese Amtsführung ist schon mit Gesetz und Dienstordnung nicht ganz in Einklang zu bringen. Aber Sie gehen weiter und bitten, die Sache dem Geschäftsausschuß vorzulegen und Ihnen einen berufsungsfähigen Bescheid erteilen zu wollen. Das geht entschieden zu weit, und kann mit der Amtsführung eines Knappschaftsältesten nicht mehr in Einklang gebracht werden. Diese Art Amtsführung ist in einer von 518 Knappschaftsältesten sowie den sonstigen Vertretern der Ruhrknappschaft beischten Versammlung am 17. Februar 1929 als unangehörig bezeichnet worden. Danach haben die Knappschaftsältesten die Rechte der Versicherten lediglich gegenüber der Knappschaft wahrzunehmen, aber nicht im Instanzenzug des RKG. Der Wortlaut des § 167 des RKG ist eindeutig. Ebenso der Wortlaut der Dienstvorschrift, wonach die Knappschaftsältesten den gesamten Geschäftsverkehr zwischen den Versicherten und der Knappschaft zu vermitteln, die Befolgung der Satzungen, der Sondervorschriften der Krankenordnung durch die Versicherten zu überwachen sowie die besonderen Anweisungen zu beachten und insbesondere dahin zu wirken haben, daß die Knappschaft vor Rechteilen und unberechtigten Ansprüchen bewahrt wird. Wir halten es daher ebenfalls gleich der Ruhrknappschaft für unangehörig, wenn Knappschaftsälteste versuchen, Mitglieder im Instanzenzug des RKG gegen die Knappschaft zu vertreten.

Nach der ganzen Sach- und Rechtslage sehen wir uns daher veranlaßt, Ihr Schreiben vom 7. März 1929 dem Vorstand zur Kenntnis- und Stellungnahme zu unterbreiten." gez. Wagner.

Es ist geradezu ungenügend, um keinen anderen Ansatz zu gebrauchen, wie die Verwaltung der heß-hür. Knappschaft einen Funktionär ihrer Versicherung behandelt und empfangert als abschreckendes Beispiel für die übrigen. Und das nennt sie Selbstverwaltung.

Uns scheint aber, daß die Knappschaft den § 167 RKG nicht genau kennt, denn die Ziffer 3 dieses Paragraphen lautet:

"Die Knappschaftsältesten haben im allgemeinen das Recht und die Pflicht, die Befolgung der Satzungen und der Sondervorschriften durch die versicherten Arbeiter zu überwachen und die Rechte der Arbeiter gegenüber der Knappschaft wahrzunehmen."

Was hat dieser Knappschaftsälteste nun verbrochen? Er versucht, einen Irrtum, indem sich die Verwaltung befindet, aufzuklären. Er legt den Tatbestand klar. Die Verwaltung sieht darin keinen Nachweis. Wie soll man das Mitglied anders zu seinem Recht kommen, als daß ihm die Möglichkeit gegeben wird, seine Behauptungen zu beweisen. Wenn es nun auch nicht zulässig war, daß der Knappschaftsälteste einen berufsungsfähigen Bescheid beantragte, so hätte doch eine Aufklärung in verständiger Form genügt.

### Richtlinien über die Gesundheitsfürsorge.

Die Reichsregierung hat am 27. Februar 1929 Richtlinien über die Gesundheitsfürsorge in der versicherten Bevölkerung erlassen. In der von dem geschäftsführenden Vorsitzenden des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen - Helmut Lehmann - herausgegebenen Broschüre "Ist der Text der Richtlinien und gleichzeitig zu jedem Paragraphen die von der Regierung gegebene Begründung zum Ausdruck gebracht."

Ferner hat der Verfasser eine Reihe wichtiger Anmerkungen zu einzelnen Paragraphen gemacht, die im Interesse der Durchführung dieser Richtlinien nicht unbeachtet gelassen werden können. In einem Anhang ist eine Übersicht über die bisher bestehenden bezirklichen Arbeitsgemeinschaften der Sozialversicherung, ferner die Satzung für die Gemeinschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Lande Thüringen, das Abkommen zwischen den westfälischen Krankenkassen der Reichsversicherungsanstalt für Westfalen und der Landesversicherungsanstalt Westfalen über die Beratung und Behandlung Geschlechtskranker, eine Vereinbarung zwischen den Verbänden der Ärzte Deutschlands, Provinzialärzteschaft Westfalen und der Landesversicherungsanstalt Westfalen über die Gebühren für die Behandlung Geschlechtskranker, das Abkommen zwischen der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz und Krankenkassen sowie die Satzung des württembergischen Landesverbandes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten aufgenommen.

Diesen Richtlinien wird künftig bei der gesamten Durchführung der Gesundheitsfürsorge, insbesondere hinsichtlich der Tätigkeit der Sozialversicherungsträger überragende Bedeutung zukommen. Der Bezug kann daher nur jedem, der mit den Fragen der Gesundheitsfürsorge in Verbindung steht, dringend empfohlen werden. Ein übersichtliches Stichwörterverzeichnis erleichtert die schnelle Orientierung auf diesem neuen, für jeden Praktiker wichtigen Gebiete.

### Wirtschaftliches.

#### Gefrierfleisch.

Die Einfuhr von Gefrierfleisch wurde im Interesse der Landwirtschaft auf 50 000 Tonnen im Jahr eingeschränkt. In den einzelnen Fleischverteilungsstellen hat sich deshalb das Gefrierfleischangebot sehr stark vermindert. Die Gefrierfleischverteilungsstellen müssen ein Plakat im Schaufenster aushängen, das besagt: "Gefrierfleisch ist nur an Minderbemittelte abzugeben." Eine sehr große Anzahl der Verbraucher hat nun aus begreiflichen Gründen eine gewisse Scheu, sich zu den "Minderbemittelten" zu rechnen, weshalb sehr viele Hausfrauen nicht das gute und billige Gefrierfleisch kaufen, sondern frisches Fleisch zu wesentlich höheren Preisen und manchmal in geringerer Qualität verlangen. Oft verzichten auch unsere Hausfrauen darauf, Gefrierfleisch zu erstehen, weil sie anderen Verbrauchern, die noch mehr mit Pfennigen rechnen müssen, "nichts fortnehmen" mögen. Mit der Verminderung der Gefrierfleischzufuhr von 120 000 Tonnen jährlich auf 50 000 Tonnen erfolgte nicht gleichzeitig eine Herabsetzung der Zahl der Verkaufsstellen für kostloses Gefrierfleisch, weshalb die einzelnen Verteilungsstellen im Gegensatz zu früher nur wenig Gefrierfleisch zugeführt erhalten. Die Verkäufer haben infolgedessen ein begreifliches Interesse, den Verbrauchern Frischfleisch an Stelle von Gefrierfleisch anzubieten. Dabei wird häufig den Hausfrauen erklärt, Gefrierfleisch wäre nicht so vorteilhaft wie frisches Fleisch. Diesen falschen und irreführenden Äußerungen gegenüber muß ausdrücklich betont werden, daß das in den Konsumvereins-Verteilungsstellen zur Verteilung gelangende Gefrierfleisch von allerbesten Beschaffenheit ist und, dem frischen Fleisch nicht nachsteht, wohl aber um 35 Prozent billiger ist als gleichwertiges frisches Fleisch. Die Mitglieder des Konsumvereins brauchen sich also weder durch das Plakat "Gefrierfleischverkauf nur an Minderbemittelte" noch durch die falsche Auskunft verschiedener Interessenten von dem Gefrierfleischkauf abhalten zu lassen. Sie fördern ihre wirtschaftlichen Interessen weitestgehend, wenn sie nach wie vor das gute Gefrierfleisch in den Verteilungsstellen ihres Konsumvereins abfordern. Bei der Zubereitung von Gefrierfleisch ist darauf zu achten, daß dieses, wenn es als Suppenfleisch Verwendung findet, nur in kochendem Wasser, und wenn es gebraten werden soll, nur in heißem Fett beigelegt wird.

### Gewerkschaftliche Nachrichten.

#### Die kommunistischen Geister.

Pfeift auf ewern Verbandsvorstand, pfeift auf Verbandsstatuten und Verbandsratsbeschlüsse, so predigen die KPdisten seit Jahren den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. In der Tschechoslowakei ist es den Kommunisten sogar gelungen, Gewerkschaften von verhältnismäßiger Stärke aufzubauen. Da aber Theorie und Praxis bei der KPd. auch in der Tschechoslowakei ebenso auseinandergehen wie Geist und Logik, so kam, was kommen mußte: Zerfall der kommunistischen Gewerkschaften. Neue kommunistische Gruppen versuchen wieder neue Gewerkschaftsorganisationen aufzubauen, mit allen bekannten Mitteln. Auch die Chemiektion des sogenannten internationalen allgewerkschaftlichen Verbandes der Tschechoslowakei bekommt jetzt die Folgen ihrer seitherigen organisationsvernichtenden Praxis zu spüren. "Der Arbeiter" Nr. 19 vom 14. Mai, das Organ der kommunistischen aber in England in Ungnade gefallenen Gewerkschaften, bringt einen Aufruf der Chemiektion, in dem es unter anderem heißt:

"Nichtet Euch allein nach den Beschlüssen Eures legalen Vorstandes, der, wie bisher, bemüht ist, die Einheit und die Kampffähigkeit der Chemiektion zu wahren."

Weg mit allen, welche die Arbeiterbewegung zerstückeln ...

Man könnte ja sagen, auch Kommunisten geschieht es recht, daß sich entre mehrliche Taktik nunmehr gegen euch selbst richtet. Leider haben die Arbeiter die Kosten zu tragen, d. h. infolge der kommunistischen, zerstörenden Arbeit bekommen die Unternehmer Oberwasser. Darunter hat also die Arbeiterchaft zu leiden. Jeder, der sich zur KPd. rechnet, trägt dafür die Verantwortung mit.

\* Gesundheitsfürsorge in der versicherten Bevölkerung. Herausgegeben von Helmut Lehmann, geschäftsführender Vorsitzender des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen. Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen m. b. H., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Preis 1 Mark.

### Rundschau.

#### Eine verhängnisvolle Zunahme der Alkoholfolgen

geht auch aus dem Bericht der Heil- und Pflegeanstalt Erlangen für das Jahr 1927 hervor. Danach waren unter den von der offenen Fürsorge betreuten Geistesgestörten Alkoholiker:

im Jahre	1922	1923	1924	1925	1926	1927
	55	98	171	289	391	512

Das ist fast eine Verzehnfachung! Selbst wenn ein Teil davon auf bessere Erfassung gerade dieser Unglücklichen kommen sollte, so bleibt doch eine mächtige Steigerung seit der erzwungenen Einschränkung der Kriegsjahre unzweifelhaft. Den Alkoholprostitieren ist es freilich noch viel zu wenig. Sie klagen über das Zurückbleiben des Verbrauchs hinter der Vorkriegszeit, der freilich, wenn es in diesem Schritt fortgeht, bald erreicht und übertroffen sein wird.

#### Wohin in den Ferien?

Die Sommerzeit rückt heran, und in den Betrieben und Bureaus werden die Ferientermine festgesetzt. Für die Massen der werktätigen Bevölkerung entsteht die Frage: Wohin in den Ferien? Leider ist die Ferienzeit meist allzu kurz bemessen, und auch der Geldbeutel läßt keine allzu großen Sprünge zu. Da muß reiflich überlegt werden, wie die Ferien am besten und billigsten ausgenutzt werden können.

Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet auch in diesem Sommer eine Reihe schöner und verhältnismäßig preiswerter Reisen für Arbeiter, Angestellte und Beamte. Bereits Ende Mai findet die erste Reise nach Dalmatien statt. Ihr folgen dann weitere Reisen an die Riviera, nach Bornholm, in die Schweiz, an den Rhein, nach Brüssel-Paris, Schweden-Finnland, England, Krakau-Hoje-Latra, Wien-Klagenfurt, Hamburg-Helgoland, an die Kurische Nehrung, an die Uria und nach Lams. Schon für 100 Mark kann man sich an einer Reise beteiligen. Die Aufbringung der Kosten wird durch bequeme Ratenzahlung erleichtert. Daneben ist zum erstenmal auch ein Ferienaufenthalt in Tirol (inmitten der Hohen Tauern) und in der Südschweiz zu außerordentlich günstigen Bedingungen eingerichtet worden. Nähere Angaben enthält der reich illustrierte, gut ausgestattete Reiseprospekt, der gegen Einzahlung von 35 Pf. in Briefmarken durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu beziehen ist. Auch ein Sonderprospekt für Ferienaufenthalt ist herausgegeben worden und durch die gleiche Stelle zu erhalten. Nutze jeder die Gelegenheit, um die Schönheiten dieser Welt zu erobern und seine Ferien im Kreise gleichgesinnter Menschen zu verleben.

### Verbandsnachrichten.

#### Mitgliedsbuch gestohlen.

Bei einem nächtlichen Einbruchdiebstahl auf einer Pflanzung in Soest wurde außer den Anzügen verschiedener Kollegen auch das Verbandsbuch des Kollegen Herm. Siebenop, geb. 2. Mai 1882 in Holzhausen, gestohlen. Sollte das Buch vorgezeigt werden, so ist dieses abzunehmen und der Vorzeiger polizeilich festzustellen. Um sofortige Mitteilung an die Zahlstelle Neubeckum wird gebeten.

#### Ausgeschlossen.

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3 a des Verbandsstatuts: Ferdinand Greiner, Weiswasser, B.-Nr. 803 383; die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Lauenburg: Paul Röhrig, Lauenburg, B.-Nr. 877 874; Johannes Wob, Lauenburg, B.-Nr. S II 684 760; das Mitglied der Zahlstelle Stolberg: Hubert Weber, Stolberg, B.-Nr. S II 541 581; ferner auf Grund des § 14, Ziffer 3 a und d des Verbandsstatuts das Mitglied der Zahlstelle Köslin: Hermann Döröw, Rügenwalde, B.-Nr. S I 675 325.

### Männliche Arbeiter aller Berufe,

die gewillt sind, sich neben ihrer Pflichtkrankenkasse noch gegen Not in Krankheitsfällen zu versichern, können in die

### Meißner Zuschußkasse

eintreten. Die Meißner Zuschußkasse wurde im Jahre 1878 als Zentralkasse von organisierten Arbeitern ins Leben gerufen und wird heute noch von ihren Mitgliedern vermarktet und geleitet. Sie zählt gegenwärtig rund 65 000 Mitglieder mit fast 700 über ganz Deutschland verteilten Verwaltungsstellen. Der von der Kasse erzielte Überschuß wird außer zur Ansammlung der notwendigen Reserven immer wieder zur Verbesserung der Leistungen verwendet.

Der wöchentliche Grundbeitrag beträgt in den bestehenden fünf Klassen 30, 40, 50, 70 und 100 Pfennig. Das wöchentliche Krankengeld wird, je nach der Dauer der Mitgliedschaft, bis zu einem Jahre gezahlt. Es beträgt in Klasse I (Lehrlingsklasse) 5,40 Mk., Kl. II 7,20 Mk., Kl. III 9,00 Mk., Klasse IV 12,00 Mk. und in Klasse V 18,00 Mk.

Beim Ableben eines Mitgliedes erhalten dessen Hinterbliebene ein Sterbegeld bis zu 200 Mark, je nach der Klasse und der Dauer der Zugehörigkeit zur Kasse.

Nach fünfjähriger Mitgliedschaft erhalten die Mitglieder im Falle eintretender dauernder Erwerbsunfähigkeit einen Zuschuß zur Rente aus der Reichsinvaliden- bzw. der Angestelltenversicherung.

Nähere Auskunft erteilen und Anmeldungen nehmen entgegen die örtlichen Verwaltungsstellen der Kasse sowie auch die Hauptverwaltung der Meißner Zuschußkasse in Meißner (Sachsen), Martinstraße 5. [15.50 Mk]

### Literarisches.

Bruno Theek: SOE, Jugend am Kreuz. Die heutige Jugend, die "joviel schlechter" ist als die in früheren Jahrzehnten, kann nur verstehen, wer um all ihre Leiden weiß, mer die dunklen Quellen kennt, aus denen das Unheil stammt, das die "Verwahrlosten" anrichtet. In Theeks Buch werden die furchtbaren Einwirkungen der sozialen Umwelt auf die "Etagenbinder" der Großstadt gezeigt. Die hier geschilderten Fälle zeigen, wo die Hebel zur Befreiung der Notstände anzusetzen sind, aber die mancher mit entrüstetem Augenaufschlag klagt und viele stillschweigend hinweggehen, weil sie die Anlagen empfinden, die hier last werden. Theek zeigt in seinem Schlüsselwort die Möglichkeiten, aus der Jugend, die in diesen Umgebungen apozial werden muß, frohe, freie Menschen zu machen. Das Buch ist gleichzeitig ein erster Hinweis auf die furchtbare Dringlichkeit des Wohnungsproblems. Theeks Buch ist im Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf, erschienen und kostet kartoniert nur 1 RM.

**G**ewerkschaftsmitglied  
denke daran Jeder Handlungsgehilfe oder Büroangestellte - männlich oder weiblich - gehört in den freigewerkschaftlichen

Zentralverband der Angestellten



## ☉☉☉ Aus der Industrie ☉☉☉

### Chemische Industrie

#### Akkordarbeit und Unfallhäufigkeit.

Wir haben im „Proletarier“ Nr. 13 vom 30. März d. J. unter dem Stichwort: „Umgebogene Wissenschaft“ die sogenannten wissenschaftlichen Feststellungen des Privatdozenten Dr. Bramesfeld und des Herrn Köffler an Hand des uns vorliegenden Materials richtig gestellt, wobei wir zu dem Ergebnis kamen, daß die Angaben der beiden Verfasser, in der chemischen Fabrik Merck in Darmstadt seien durch Einführung der Akkord- und Prämienarbeit mit gleichzeitiger Rationalisierung des Betriebes die Unfallzahlen zurückgegangen, den Tatsachen nicht entsprechen. Eine ähnliche Erwiderung haben wir dem Reichsarbeitsblatt zugehen lassen, das im nichtamtlichen Teil „Arbeitschutz“ das Material veröffentlicht hatte.

Überraschenderweise teilte uns die Schriftleitung des Reichsarbeitsblattes mit, daß wir unsere Entgegnung solange zurückstellen möchten, bis die Verfasser des ersten Artikels in einem zweiten Artikel neues Material vorbringen würden. Wir konnten die Aufnahme unseres Artikels selbstverständlich nicht erzwingen und erwarteten nunmehr von den Verfassern des ersten Artikels beweiskräftige Ergänzungen für ihre Angaben. Das ist nicht eingetreten. Aber etwas anderes ist durch die Aufnahme des neuen Artikels der Herren Dr. Bramesfeld und Köffler in Erscheinung getreten, nämlich, daß unsere unter Beweis gestellte gegenteilige Auffassung vom „Arbeitschutz“, der angeblich der freien Aussprache dienen soll, nicht aufgenommen wurde, ohne daß die Gegenseite auch nur den Versuch unternommen hätte, ihre ersten Angaben durch Beweismaterial zu stützen.

Dr. Bramesfeld und Köffler sagen in ihrem neuen Artikel, daß es jetzt durch Vergleich der beiden Jahre 1927 und 1928 möglich sei, für eine Anzahl von Betrieben in der Gruppe I (gefährliche Betriebe) zu zeigen, wie sich die Umstellung von Stunden- auf Prämien- bzw. Akkordlohn bezüglich der Unfallhäufigkeit ausgewirkt hat. Um es gleich vorweg zu nehmen, auf unsere bestimmte Frage, ob seit Einführung der Akkord- und Prämienarbeit bei denselben Arbeitergruppen die Unfallziffer zurückgegangen ist, bleiben die Herren die Antwort schuldig. Sie müssen diese Antwort schuldig bleiben, weil sie nicht von diesen Gesichtspunkten aus diese Frage geprüft haben, sondern weil sie um jeden Preis den Nachweis führen wollten, daß Akkordarbeit (unter bestimmten Umständen) unfallsicherer wirken kann. Dieses bestreiten wir nicht. Wir bestreiten aber, daß das auf den Betrieb Merck zutrifft. Die Rationalisierungsmassnahmen im Betrieb Merck haben, soweit wir es übersehen können, mit Arbeitsverbesserungen, die unfallsicherer wirken können, durchaus nichts zu tun. Die Firma Merck hat es verstanden, ihren Betrieb nach außen hin als Musterbetrieb erscheinen zu lassen. Bei Betriebsbesichtigungen ist der Eindruck erweckt worden, daß der chemische Betrieb Merck ganz besonders sauber sei. Das trifft zu im Vergleich mit der chemischen Großindustrie, wo Säuren, Alkalien, Farben und manches andere hergestellt wird. Wer aber schon pharmazeutische Großbetriebe, die mit dem Betrieb der Firma Merck vergleichbar sind, gesehen hat, kann sich zu einem uneingeschränkten Lob über den Merck'schen Betrieb nicht aufschwingen.

Wir haben auch schon in einem früheren Artikel erwähnt, daß die pharmazeutische Industrie nicht zu den gefährlicheren Betrieben der chemischen Industrie gehört. Wenn trotzdem in diesem Betrieb im Jahre 1927 auf je 1000 Arbeiter 124,13 Unfälle zu verzeichnen waren, während in diesem Jahre der allgemeine Durchschnitt in der gesamten chemischen Industrie nur 83,23 Unfälle auf 1000 Arbeiter betrug, zeugt das von außerordentlich starker Rückständigkeit des Betriebes.

In der neuesten Veröffentlichung heißt es, daß die Arbeiterzahl von 2022 im Jahre 1927 auf 2138 im Jahre 1928 gestiegen ist. Die Unfälle sind aber von 251 auf 238 gefallen. Die Feststellung dieser Tatsache soll die Auswirkung der weiteren Einführung von Akkordarbeit in Verbindung mit der Rationalisierung zum Ausdruck bringen. Wir erkennen das nicht an, weil wir wissen, daß die gesamte chemische Industrie im letzten Jahre bemüht war, die gewaltig angestiegenen Unfallziffern herabzudrücken. Wie schlimm es bei der Firma Merck aussieht, ergibt sich aus einem Vergleich mit dem Leunawerk, das ganz allgemein als ein gefährlicher chemischer Großbetrieb betrachtet wird. Während im Jahre 1927 das gefährliche Leunawerk 11,2 Prozent Unfälle, auf die Arbeiterzahl bezogen, zu verzeichnen hatte, betrug diese Ziffer bei der Firma Merck 12,41 Prozent. Bei Merck ist sie im Jahre 1928 auf 11,13 Prozent gefallen, im Leunawerk dagegen auf 9,6 Prozent. Während die geringere Unfallzahl im Leunawerk vom Jahre 1927 auf 1928 um 14,3 Prozent gesunken ist, kann die Firma Merck bei ihrer wesentlich höheren Unfallziffer nur eine Senkung von 10,3 Prozent feststellen. Mit diesen 11,13 Unfällen auf 100 Arbeiter im Jahre 1928 steht die Firma Merck immer noch ganz erheblich über dem Durchschnitt der gesamten chemischen Industrie vom Jahre 1927, der sicher im Jahre 1928 weiter gesenkt worden ist. Zum Jubilieren ist also für die Firma Merck kein Anlaß.

Nun wollen wir feststellen, daß tatsächlich nach den Angaben von Dr. Bramesfeld und Köffler die Unfallzahl bei einigen Akkordgruppen gesunken ist. So zum Beispiel waren in der gefährlichsten Gruppe unter 2a zwei Akkordarbeiter im Vorjahre verzeichnet, die drei Unfälle erlitten hatten. Wir können also, wenn wir hoshaft sein wollten, sagen, in dieser Gruppe haben die Arbeiter 150 Prozent Unfälle erlitten. Nach den neuen Angaben sind in dieser Gruppe acht Arbeiter im Akkord beschäftigt, die fünf Unfälle, also nur 62,5 Proz.

erlitten haben. Wir finden in derselben Aufstellung aber unter 2b für 1927 20 Lohnarbeiter, die 8 Unfälle, also 40 Prozent erlitten hatten, während im Jahre 1928 in dieser Gruppe 17 Lohnarbeiter ausgewiesen werden, die 6 Unfälle, also nur noch 35,3 Prozent, erlitten hatten. Unter Ziffer 3 derselben Gruppe waren 1927 17 Lohnarbeiter beschäftigt mit 8 Unfällen, gleich 47 Prozent. 1928 ist in der Tabelle die Gruppe in 3a und 3b geteilt. 3a enthält 3 Akkordarbeiter mit 2 Unfällen gleich 66,6 Prozent, während unter 3b 16 Lohnarbeiter mit 5 Unfällen, also 31,2 Prozent aufgeführt sind.

Die Verfasser können also nicht nachweisen, daß die Minderung der Unfälle sich nur auf die Akkordarbeiter bezieht, daß sie vielmehr auch die Lohnarbeiter betrifft. Diese Stichproben sollen nur die schwachen Stellen der neuesten Veröffentlichung der Behauptung, daß Akkordarbeit unfallsicherer wirkt, aufzeigen.

Die Tatsache bleibt bestehen und soll an dieser Stelle nochmals unterstrichen werden, daß die Verfasser, in dem Orange, etwas Unmögliches zu beweisen, den Vergleichszahlen Zwang angetan haben. Der Rationalisierungsmann der Firma Merck hat für Arbeiten, die eine bestimmte Fingerfertigkeit vor-

erfordern dürfte dadurch der Industrie eine Belastung von ungefähr 10 Millionen Mark erwachsen.

Vor einer Senkung der Kalipreise müssen erst die Löhne der Kallarbeiter den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in anderen Industrien angepaßt werden. Eine Preisermäßigung liegt hierbei immer noch im Bereich der Möglichkeit durch Gewährung von höheren Rabatten von Seiten des Kall Syndikats.

#### Mehr Vorsicht mit Chemikalien.

Im „Proletarier“ Nr. 20 vom 18. Mai d. J. wurde auf die Explosionskatastrophe in der Bleistiftfabrik in Nürnberg hingewiesen, wo durch Entzündung fein verteilter Nitrozellulose feine die schwere Explosion ausgelöst wurde, trotzdem in Deutschland eine ähnliche Explosion aus England bekannt geworden war. Wir schreiben damals, daß solche Erfahrungen zur Verhütung ähnlicher Unglücksfälle ausgenutzt werden müssen. Bei der Explosion in Nürnberg hat sich leider gezeigt, daß die Anwesenheit nicht gezogen worden ist.

Inzwischen wurden die Gemä. durch einen großen Krankenhausbombenbrand in Cleveland im Staate Ohio der Vereinigten Staaten von Amerika aufgeregt. In dem Krankenhaus waren die Röntgenfilme in Brand geraten, und durch die Zersetzung beim Brand und durch Mitwirkung anderer Chemikalien wurden Giftgase erzeugt, die 160 Todesopfer forderten. Unter den Toten befinden sich Krankenhaushelfer, Ärzte und Pflegepersonal. Wer vom Giftschwaben getroffen wurde, verfiel nach kürzerer oder längerer Zeit unrettbar dem Tode.

Bei der Brandkatastrophe in der Zelluloidfabrik von Dr. Baeker & Co. in Berlin im Dezember v. J., die fünf Todesopfer forderte und wobei 29 Arbeiterinnen und Arbeiter schwer verletzt wurden, war es die Pflanzlichkeit und die schnelle Verbreitung des Feuers, die den Schaden anrichtete. Bei der Explosionskatastrophe in Amerika trafen giftige Gase als verheerendste Ursache auf. Es ist seit langem bekannt, daß Zelluloid bei der Zersetzung explosive Gase entwickelt, die selbstverständlich auch schädlich auf den Menschen wirken. Bei dem Brand im Krankenhaus in Cleveland befanden sich aber in unmittelbarer Nähe des nicht sachgemäß eingerichteten Lagerraumes für Röntgenfilme andere im Krankenhaus befindliche Chemikalien wie Brom und Jod, die vom Feuer erfaßt, die todbringenden Gase lieferten.

Angesichts solcher Katastrophen, die überall eintreten können, wo Chemikalien hergestellt, gelagert und verarbeitet werden, muß das öffentliche Gewissen gegen die Wiederholung geschärft werden. Im „Vorwärts“ vom 18. Mai nimmt der Mediziner Dr. J. Moses auf den Krankenhausbomben Brand Bezug und gibt bekannt, daß in fast allen Krankenhäusern in den Laboratorien und im Umgang mit Filmen für Röntgenaufnahmen unverzeihlicher Leichtsinns herrscht, auch in Deutschland. Er verweist darauf, daß am 26. Januar der Reichsminister des Innern durch Rundschreiben an die Landesregierungen auf die Feuergefahr durch Röntgenfilme in Krankenhäusern hingewiesen hat. Es wird in dem Rundschreiben zur größeren Vorsicht gemahnt. Dr. Moses stellt nun die Forderung, daß über die Auswirkung des Rundschreibens öffentlich Angaben gemacht werden, was unbedingt zur Verhütung der Krankenhausbomben und der Öffentlichkeit dienen wird.

Wir können nicht umhin zu erklären, daß solche Gefahren sich keineswegs auf den Umgang mit Zelluloid, Brom und Jod beschränken, daß sie vielmehr überall anzutreffen sind, wo mit Chemikalien gearbeitet wird. Die Reichsregierung hat deshalb ernstlich zu erwägen, ob die Gefahren bis zu einem gewissen Grade reichsgefestigt gebannt werden können. Außerordentlich wichtig erscheint uns die Bezeichnung aller schädlichen Chemikalien in ihrer Wirkung. Zum Beispiel müßten alle Zelluloidwaren und -filme als leicht brennbar und feuergefährlich bezeichnet werden. Andere Chemikalien wie Benzol, Äther usw. müßten als leicht brennbar und explosibel bezeichnet werden. Auch müßte durch Aufschrift kenntlich gemacht werden, daß bestimmte Chemikalien Giftgas bildend wirken. Für alle diese Chemikalien müssen Vorschriften über Lagerung in den Fabriken, Verkaufsstellen und an den Verbrauchsstellen erlassen und streng überwacht werden. Auch muß zum Schutze der Arbeiter und Verbraucher Deklarationszwang für gemischte Chemikalien usw. verlangt werden. Farben, Lacke, Polier-, Reinigungs- und Lösungsmittel enthalten oft feuergefährliche und giftige, Dämpfe ausströmende Chemikalien, die zu Explosionen führen und Krankheit und Tod auslösen können. Bei eintretenden Unglücksfällen soll es sich dann gewöhnlich um unvorhergesehene Ereignisse handeln. Die unvorhergesehenen Schädigungen können aber zum größten Teil ausgeschaltet werden, wenn die herstellenden Firmen verpflichtet werden, die Zusammenfügung wie auch die Wirkung der Stoffe auf der Packung anzugeben. Dies ist eine alte Forderung, die aber bisher an den Profitinteressen der Hersteller gescheitert ist. Bei der in letzter Zeit bekannt gewordenen Fülle von Unglücksfällen, die auf solche Ursachen zurückzuführen sind, halten wir es aber für notwendig, daß endlich der doch nicht zu umgehende Schutz für Arbeiter und Verbraucher durchgeführt wird. G. Haupt.

#### Massenverhaftungen von Arbeitern in den amerikanischen Betrieben von Bemberg und Glanzstoff A.-G.

Bereits in der vorhergehenden Nummer des „Proletarier“ haben wir uns mit dem Streik der Arbeiter in den amerikanischen Betrieben der großen Kunstseidefirma Bemberg und Glanzstoff beschäftigt. Nach neueren Presseberichten sind in Elizabeth in Folge dieses Streiks mehr als 250 streikende Arbeiter in den Glanzstoff-Bemberg-Fabriken verhaftet worden, weil sie Arbeitswillige (Streikbrecher) beschäftigt und eingeschüchert haben sollen. Da die zur Verfügung stehende Gefängnis zu klein war, wurden die Verhafteten von einer Kompanie Militär auf einem freien Platz zusammengetrieben und unter Bewachung gehalten. Daß es sich hier um einen Willkürakt wohl auf Betreiben der Firma handelt, geht daraus hervor, daß man die Arbeiter nach kurzer Zeit wieder



aussehen, im allgemeinen aber als ungefährlich bezeichnet werden können, weil diese Arbeiten zum größten Teil im Eisen verrichtet werden, Akkord- und Prämienentlohnung eingeführt. Bei gefährlichen Arbeiten, die im Transport von Waren und Arbeitsgeräten bestehen und die gefährliche Reparaturarbeiten mit umfassen, konnte Akkordarbeit nicht eingeführt werden. Weil nun bei den gefährlicheren Lohnarbeiten mehr Unfälle zu verzeichnen sind, wie bei den leichten Akkord- und Prämienarbeiten, versuchen die Verfasser der Öffentlichkeit weiszumachen, daß die Lohnarbeit an sich mit größeren Gefahren für die Arbeiter verbunden ist, wie Akkord- und Prämienarbeit. Dieser Widerspruch hätte der Schriftleitung des Reichsarbeitsblattes von vornherein auffallen müssen. Durch die neueste Veröffentlichung ist an dieser Tatsache ebenfalls nichts geändert worden, auch das hätte eine gewandte Schriftleitung sofort erkennen müssen. Der Firma Merck und den Arbeitern wäre besser gedient, wenn der Rationalisierungsmann der Verhütung von Unfällen sein Augenmerk zuzuwenden würde, damit die außerordentlich hohe Unfallziffer dieses an sich ungefährlichen Betriebes herabgedrückt würde. Daß durch seine Rationalisierungsmassnahmen und Einführung von Akkordarbeit die Unfallgefahren herabgemindert werden, glaubt ihm doch kein Mensch. G. Haupt.

#### Geschäftsabschlüsse in der Kaliindustrie.

Von den größten Konzernen der deutschen Kaliindustrie liegen jetzt die Geschäftsabschlüsse für das Jahr 1928 vor. Aus diesen Abschlüssen ist ersichtlich, daß die wirtschaftliche Lage der Industrie für das verflossene Jahr als getadelt zu glänzend bezeichnet werden kann. Trotzdem enorme Abschreibungen für den weiteren Ausbau und Modernisierung der Anlagen aufgewendet sind, werden die ausgewiesenen Nettogewinne gegenüber dem Vorjahre ganz erheblich überschritten.

Die Kaliindustrie-A.-G. erzielte bei einem Aktienkapital von 200 Millionen einen Gewinn von 36,8 Millionen Mark. Die Burbach-Kaliwerke haben bei einem Aktienkapital von 125 Millionen Mark einen Gewinn von 16 Millionen Mark erzielt. Salzdesfurch hat bei einem Aktienkapital von 48,57 Millionen Mark einen Reingewinn von 8,14 Millionen Mark und die Kalichemie-A.-G. bei einem Aktienkapital von 32 Millionen Mark einen Reingewinn von 1,56 Millionen Mark erzielt.

In diesem Zusammenhang entsteht wieder die Frage der Herabsetzung der Kalipreise. Diese Frage mag bis zu einem gewissen Grade berechtigt erscheinen; doch wäre es verfrüht, aus den vorliegenden Abschlüssen Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen.

Der Absatz in den ersten 5 Monaten des Jahres 1929 ist gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ungefähr derselbe geblieben. Es ist jedoch vom 1. Februar an eine Lohnerhöhung von etwa 10 Prozent und vom 15. April an eine Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde je Schicht für die Arbeitstagarbeiter eingetreten. Nach oberflächlicher Berech-



freilassen mußte. Dagegen mußte ein Wachbeamter (Werkspigel) der Bembergfabrik, auf dessen Denunziation die Staatsmiliz die Verhaftungen vorgenommen hatte, wegen Beschuldigung des versuchten Mordes verhaftet und in das Gefängnis eingeliefert werden. (Der Mann wird anverwahrt.)

Auf Anfrage einer größeren Unternehmerrzeitung teilt die Verwaltung der Vereinigten Glanzstofffabriken in Elberfeld in bezug auf die in den Auslandspreisen gemeldeten Sabotageakte mit, daß der amerikanische Betrieb bereits wieder programmäßig arbeitet. Der Sabotage seien lediglich einige Arbeiterwohnungen zum Opfer gefallen. Die Firma glaubt, daß sie in einigen Tagen den Kampf der Arbeiter um Anerkennung der Organisation niedergeknüppelt haben wird. Es wird ausdrücklich betont, daß es sich nicht um Lohnkämpfe, sondern um die Weigerung der Verwaltung, die gewerkschaftliche Organisation anzuerkennen, handelt. Die Bemberg-A.G. meldet, daß sie ebenfalls Nachrichten von ihrem amerikanischen Unternehmen erhalten hat, daß die Arbeit im Betriebe wieder aufgenommen ist. Von den Streikenden seien verschiedene Gewaltakte demonstrativer Art gegen die loyalen Arbeiter (verschämter Ausdruck für Streikbrecher) begangen worden, doch sei die Ruhe bereits wieder hergestellt.

Es ist das alte Spiel, feste Dividenden, Riesengewinne für die Kunstseidenunternehmer und Aktionäre, die Arbeitnehmer läßt man durch die Staatspolizei niederknüppeln, wenn sie versuchen, das für den Unternehmer selbstverständliche Recht der Organisation für sich zu beanspruchen. Gerade die Kunstseidenindustrie, eine der bestorganisierten Industrien, die wir kennen, hätte es am wenigsten notwendig, in solch brutaler Weise ein Recht, das sie für sich selbst als die selbstverständliche Sache der Welt in Anspruch nimmt, ihren Arbeitern zu verweigern. Die Arbeitnehmer der amerikanischen Kunstseidenbetriebe werden sich durch diesen augenblicklichen Mißerfolg nicht einschüchtern lassen, sondern zu gegebener Zeit mit mehr Erfolg versuchen, trotz der Willkür der Unternehmer die Organisation in den amerikanischen Betrieben von Bemberg und Glanzstoff zur Anerkennung bringen. R. Segerer.

**Dividendenergebnisse von Konzerngesellschaften der J.-G. Farbenindustrie.**

Rheinisch-Westfälische Sprengstoff-A.-G., Köln. Auf Grund des J.-G.-Vertrages wieder 4,8 Prozent.

A.-G. Siegener Dynamitfabrik, Köln. Wieder 4,8 Prozent.

Dynamit-A.-G. vorm. Nobel & Co., Hamburg. Wieder 6 Prozent.

Chemische Werke Löhringen, G. m. b. H., Gerthe. Wieder 12 Prozent.

**Ergebnisse aus anderen Betrieben der Chemischen Industrie.**

Rohsmerke und Chemische Fabriken, A.-G., Berlin. Der Abschluß für 1928 weist einen Bruttoüberschuß von 9,56 Millionen Mark aus (im Vorjahre 7,72 Millionen Mark). Neben den normalen Abschreibungen in Höhe von 1,38 Millionen Mark, erfolgt eine Sonderabschreibung von 2,37 Millionen Mark. Der gesetzlichen Reserve werden werden 2,6 Millionen Mark zugeführt. Dieser Betrag stammt aus einem Agio (Aufschlag), in diesem Falle die Differenz zwischen Kennwert und dem höheren Wörtenkurs der Aktien, das die Firma aus der Verwertung von Vorratsaktien erzielte. Die gesetzliche Reserve erhöht sich zugleich des obengenannten Betrages auf 10,63 Millionen Mark. Unter Berücksichtigung eines zurückgestellten Betrages aus dem Vorjahre verbleibt nach reichlichen Abschreibungen und Sonderabschreibungen ein Reingewinn von 8,18 Millionen Mark (7,23 Millionen Mark), woraus eine Dividende von 7 Prozent zur Verteilung kommt (5 Prozent). Auf neue Rechnung wird der Betrag von 2,35 Millionen Mark vorgezogen. Die Lage der Gesellschaft sowie ihrer Tochterunternehmen hat sich im Laufe des letzten Jahres weiter günstig entwickelt.

Guter Abschluß der Söding-Kahlbaum-A.-G. 14 Prozent Dividende.

Die Gesellschaft weist für das Jahr 1928 einschließlich eines Gewinnvortrages von 2,15 Millionen Mark einen Bruttogewinn von 8,24 Millionen Mark aus (6,60 Millionen Mark). Die Verwaltung schlägt nach Abschreibung von 2,06 Millionen Mark eine Dividende von 14 Prozent auf das dividendenberechtigte Aktienkapital von 28.825.000 Mark vor (gegen 9,6 Prozent auf 24 Millionen Mark im Vorjahre). Der Reingewinn beträgt 6,19 Millionen Mark. Nach Abzug der Lasten des Aufsichtsrats soll ein Rest von 2,26 Millionen Mark auf neue Rechnung vorgezogen werden. Die Firma, die ihr auf Grund des Krieges beschlagnahmtes Vermögen in Amerika freischommen hat, teilt mit, daß dieses aus dem amerikanischen Besitz resultierende Vermögen im diesjährigen Geschäftsabluß nicht berücksichtigt ist. Die günstige Entwicklung des Unternehmens hält auch im laufenden Jahre an. Die Dividendensteigerung von 9,6 auf 14 Prozent ist angesichts der sogenannten Notlage der Industrie sehr beachtlich.

Continental-Asphalt-A.-G., Hannover. Die Hauptversammlung setzte die Dividende auf 5 Prozent fest. In den ersten drei Monaten des neuen Geschäftsjahres hat der Absatz infolge der strengen Kälte gelitten. Inzwischen sei jedoch eine Besserung eingetreten, so daß der größte Teil des Rückganges wieder eingeholt werden konnte. Für die Weiterentwicklung im laufenden Jahr erwartet man einen höheren Abschluß als im Vorjahre. R. Segerer.

**Papier-Industrie**

**Die Druckpapiererzeugung im Jahre 1928.**

Inwieweit der deutschen Papierfabrikation ist die Rationalisierung durch Vereinigung der Produktion und durch Aufstellung der modernsten und schnellsten Papiermaschinen am schärfsten durchgeführt in der Druckpapierherstellung. Hierzu kommt, daß Produktion und Absatz von Zeitungsdruckpapier durch den Verband der Deutschen Druckpapierfabriken und dem Verein unabhängiger Druckpapierfabriken koordiniert ist. Der Zusammenhalt der beiden Druckpapierkongerze Reicholz und Feldmühle beweist ferner, daß man auch für die Zukunft bestrebt ist, die Beherrschung des Druckpapiermarktes in festen Händen zu behalten.

Der Erfolg dieser Maßnahmen auf fabrikationstechnischem und vermarktungstechnischem Gebiete kommt schon zum Ausdruck in den nachfolgenden eingetragenen

**Produktionssteigerungen.**

Wir bringen nachfolgend die jährliche Zeitungsdruckpapier-Produktion von 1901 bis 1928:

Jahr	Jährliche Zeitungsdruckpapier-Produktion in Tonnen
1901	155 330
1910	315 650
1925	455 200
1926	459 400
1927	513 700
1928	544 700

Während bis zum Ausbruch des Weltkrieges das Druckpapierprodukt sich zur Aufrechterhaltung seiner Preis- und Absatzpolitik veranlaßt sah, die Produktion künstlich um 15 Prozent einzuschränken, beweisen die Produktionszahlen nach Kriegs- und Inflationszeit, daß seit 1925 eine ungehemmte Produktionssteigerung in der deutschen Zeitungsdruckpapier-Industrie eingetreten hat, die sowohl durch erhöhte

Ausfuhr als auch durch Steigerung des Inlandsabfahes ermöglicht wurde.

**Die amerikanische Druckpapiererzeugung.**

Neben Finnland, Schweden, Norwegen ist es besonders Amerika und Kanada, mit denen die deutsche Druckpapiererzeugungs-Industrie auf dem Weltmarkte in Konkurrenz zu treten hat. Zur Zeit sind uns nur die amerikanischen Produktionszahlen für Zeitungsdruckpapier im Jahre 1928 bekannt geworden, die wir nachfolgend wiedergeben und wobei wir zum Vergleich die deutsche Produktion von 1928 nochmals mit einlegen:

Staaten	Zeitungsdruckpapier-Produktion in Tonnen (1000 Kilogramm)
U. S. A.	1 283 361,5
Kanada	2 162 278,5
Neufundland	209 550
Mexiko	15 384,7
Deutschland	544 700

Die Zeitungsdruckpapier-Produktion der oben genannten amerikanischen Staaten ist im Jahre 1928 gegenüber dem Vorjahre um mehr als 7 Prozent gestiegen. Dabei könnten in U. S. A., wie nach „Paper Trade Journal“ auf der Jahresversammlung des Vereins amerikanischer Papierfabrikanten am 20. Februar 1929 berichtet wurde, die Produktionskapazität der Papierfabriken nur zu 75 Prozent ausgenutzt werden. Desgleichen war es der kanadischen Papierfabrikation ebenfalls nur möglich, ihre Leistungsfähigkeit zu 80 Prozent

**Geld**

allein macht nicht glücklich. Darum predigen die Unternehmer auch so gern ihren Arbeitern Genügsamkeit und empfehlen ihnen, nicht

**allein**

des Lohnes wegen zu arbeiten, sondern auch an die nationalen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu denken. Der Unternehmer selbst

**macht**

es aber anders. Er denkt erst an das Geld und dann an die „nationalen Belange“. Ohne Profit raucht in der kapitalistischen Wirtschaft kein Schornstein. Geld allein macht

**nicht**

glücklich; aber der Industrielle weiß noch viel besser, daß Geld allein auch nicht unglücklich macht, und darum ist bei niedrigen Löhnen und hohen Dividenden nicht der Arbeitnehmer, sondern der Unternehmer allein

**glücklich.**

auszunutzen. Demgegenüber steht fest, daß die Ausnutzung der Produktionskapazität in der deutschen Zeitungsdruckpapier-Industrie die denkbar größte war. Es bedarf keines weiteren Beweises, daß infolge dieser Tatsache die Produktion der amerikanischen und kanadischen Zeitungsdruckpapier-Industrie ganz wesentlich verteuert wird.

**Die Ausfuhrmöglichkeiten.**

Bei den zur Zeit in den einzelnen Tarifbezirken stattfindenden Lohnverhandlungen versuchen die Verhandlungsführer der Unternehmer mit Vorliebe auch auf die Preisvorgänge auf dem amerikanischen Zeitungsdruckpapiermarkt hinzuweisen, um damit auch die Absatzschwierigkeiten für die deutsche Zeitungsdrukpapier-Industrie zu kennzeichnen. Die Preisentwicklung auf dem amerikanischen Zeitungsdruckpapier-Markte gestaltete sich folgendermaßen: Im ersten Halbjahr 1928 konnten für die amerikanische Tonne Zeitungsdruckpapier (pro Tonne 907 Kilogramm) 62 bis 65 Dollar erzielt werden. Dem amerikanischen Zeitungskonzern Hearst war es gelungen, erheblichen Einfluß wahrscheinlich durch Aktienverkauf auf die amerikanischen International Paper Co. zu erringen. Diesen Einfluß nutzte der Hearst-Konzern zu einem Preissturz auf dem amerikanischen Zeitungsdruckpapier-Markte aus. Über die dadurch eingetretene Preisentwicklung gibt ein Bericht der amerikanischen Fachzeitschrift „The Worlds Paper Trade Review“ (Nr. 22 vom 30. November 1928) Auskunft, der über Verhandlungen zwischen amerikanischen und kanadischen Zeitungsdruckpapier-Fabrikanten berichtet, und worin es u. a. heißt:

„Das Preisproblem soll in weiteren Sitzungen geregelt werden, und es sollen Versuche gemacht werden, den Preis auf 57 bis 55 Dollar p. tons festzusetzen, was eine wünschenswerte Erhöhung gegenüber dem augenblicklichen Preis von 50 Dollar bedeuten würde.“

Daraus ergibt sich also, daß der amerikanische Zeitungsdruckpapier-Preis durch das gekennzeichnete Manöver des Hearst-Konzerns innerhalb des zweiten Halbjahres 1928 um 12 bis 15 Dollar pro amerikanische Tonne gesunken war. Nach Mitteilung derselben amerikanischen Fachzeitschrift ist jetzt eine Verständigung zustande gekommen, wonach für 1929 der Preis auf 55,20 Dollar für die amerikanische Tonne von 907 Kilogramm festgesetzt wurde. Auch der Zeitungskonzern Hearst hat nach der gleichen Meldung diesem Preise zugestimmt. Damit ist der Preisrieg auf dem amerikanischen Zeitungsdruckpapier-Markte beendet, allerdings zum Nachteil der amerikanischen und kanadischen Zeitungsdruckpapier-Industrie, die dadurch immer noch 7-10 Dollar pro Tonne gegenüber dem Preise des ersten Halbjahres 1928 einbüßt. Die amerikanische Fachzeitschrift ist der Auffassung, daß dadurch der größte Teil der amerikanischen und kanadischen

Zeitungsdruckpapier-Fabriken im Jahre 1929 ohne Gewinn wird arbeiten müssen.

Die Beendigung dieses Preiskampfes gibt aber auf der anderen Seite der deutschen Zeitungsdruckpapier-Industrie die Möglichkeit, auf dem Weltmarkte zu konkurrenzfähigen Preisen wieder aufzutreten. Begünstigt wird die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkte durch die Tatsache, daß das amerikanische und kanadische Zeitungsdruckpapier zu 55 Gramm pro Quadratmeter gearbeitet wird, während das deutsche Zeitungsdruckpapier nur 50 Gramm hat und dadurch für den Zeitungsverlag ergiebiger ist und ferner durch die Tatsache, daß das deutsche Zeitungsdruckpapier in gefälligerer Färbung geliefert werden kann. Diese Tatsache erkennt selbst der Verband Deutscher Druckpapierfabriken in seinem Schreiben an die Redaktion des „Zeitungs-Verlags“ vom 8. Januar 1929 an, worin es u. a. heißt: „Gerade wegen der schönen weißen Färbung, welche zum großen Teil auf den Zusatz von Kaolin zurückzuführen ist, wird das deutsche Fabrikat im Auslande begehrt, und wir erzielen des öfteren höhere Preise, die über die sonstigen marktgängigen Notierungen hinausgehen.“

Durch die Preisregelung auf dem amerikanischen Zeitungsdruckpapier-Markte ist nicht nur den deutschen Papiererzeugungsindustriellen eine Waffe bei den Lohnverhandlungen entwendet worden, sondern auch für die deutsche Zeitungsdruckpapier-Industrie die Möglichkeit erhöhter Ausfuhr gegeben. O. S i e h e r.

**Ab schrift.**

**Niederschrift**

über die Sitzung des Tarifamts der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie am 13. Mai 1929 zu Charlottenburg.

**Anwesend sind**

- 1. als Arbeitgebervertreter die Herren Diamant, Dr. Leopold, Wigankow;
- 2. als Arbeitnehmervertreter die Herren Gräf, Großmann, Eins, Rücker.

Vorsitz (turnusgemäß): Herr Rücker.

Schriftführer (turnusgemäß): Herr Dr. Leopold.

Antrag auf Lohnregelung für die Gruppe Rheinland-West.

Für die Arbeitgeberseite erscheinen die Herren Kamphausen, Kaul, Lüttgen, Dr. Rhodus;

für die Arbeitnehmerseite die Herren Flohr, Meisenberg, Opfermann, Knipprath, Krubewig und Wirth.

Die Partelen sind mit der Besetzung des Tarifamts 3 : 3 einverstanden.

Es wird zur Sache verhandelt.

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch:

„1. Ab 1. Mai 1929 stellt sich der Ecklohn in Ortsklasse I auf 85 Pf., in Ortsklasse II auf 80 Pf.“

Die übrigen Löhne erhöhen sich im bisherigen Verhältnis.

2. Für die Papierfabriken stellt sich der Ecklohn in Ortsklasse I auf 84 Pf., in Ortsklasse II auf 79 Pf.“

Als Feinpapierfabriken gelten folgende Firmen:

Heint. Aug. Schöeller & Söhne, Hugo Albert Schöeller, Heinrich Art. Speck, Gebr. Speck, Papierfabrik Jerkahl, Feltz Heint. Schöeller, Gebr. Hoffmüller, Gebr. Steffner, Zellstofffabrik, Direkter Papierfabrik Hoven, Gebr. Schmitz, Schleipen & Erbens.

3. Diese Regelung gilt bis zum 31. Dezember 1930, zu diesem Termin erstmalig mit vierwöchiger Frist kündbar.“

**Nahrungsmittel-Industrie**

**Unfallsturz in der Zuckerindustrie.**

I.

Der Bericht der Zuckerberufsgenossenschaft mit dem Bericht des Technischen Aufsichtsdienstes zur Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften für das Jahr 1928 liegt vor. Nach demselben umfaßte die Berufsgenossenschaft im Berichtsjahre 281 Betriebe (im Vorjahre 285). In diesen Betrieben waren 85 789 Personen beschäftigt (84 522). Die Zahl der Vollarbeiter betrug 46 670 (47 133). Die Zahl der Vollarbeiter in dieser Industrie kann mit den Vollarbeitern in anderen Industriezweigen nicht verglichen werden, sie weicht ganz erheblich von der Zahl der Beschäftigten ab. Das liegt an dem Saisoncharakter der Industrie. Die Zuckerraffinerien arbeiten nur etwa neun Monate im Jahre voll, in der anderen Zeit wird die Zahl der Beschäftigten erheblich eingeschränkt. Die Rohzuckerfabriken arbeiten kaum ¼ Jahr voll; während der stillen Zeit beschäftigen sie aber nur ungefähr ein Viertel der Leute wie in der Hauptbetriebszeit. Daher kommt die große Differenz zwischen der Zahl der Beschäftigten, die während der Hauptbetriebszeit tätig sind, und zwischen der Zahl der Vollarbeiter. Die Zahl der Beschäftigten ist nun gegenüber dem Vorjahre um über 1000 gestiegen, die Zahl der Betriebe aber infolge Stilllegungen um 4 zurückgegangen. Die Tatsache, daß trotz stillgelegter Betriebe in den arbeitenden Betrieben über 1000 Leute mehr beschäftigt werden, zeigt, daß die Betriebe im Durchschnitt mehr Leute beschäftigten als im Vorjahre. Die Zahl der Vollarbeiter ist niedriger als im Vorjahre, das läßt darauf schließen, daß sich die Hauptbetriebszeit im letzten Jahre noch mehr zusammengedrängt hat als im Vorjahre. Daher trotz der höheren Zahl der Beschäftigten die niedrigere Zahl der Vollarbeiter.

Von den versicherten Betrieben wurden im Berichtsjahre 207 Betriebe revidiert (165). Es ist also bei der Revisionsfähigkeit eine starke Zunahme zu verzeichnen. Insgesamt wurden im letzten Jahre 74 Prozent (58 Prozent) der Betriebe revidiert. Außerordentliche Revisionen sind nicht vorgenommen. Die Betriebe werden einige Tage vor der Revision benachrichtigt. Das hat sicher den Vorteil, daß die technischen Leiter der Betriebe sich so einrichten können, daß sie bei der Revision zugegen sind. Es hat aber den großen Nachteil, daß die Betriebe zur Revision „besenrein“ gemacht werden, d. h. es werden manche Mängel vor der Revision beseitigt, die bei der Revision Veranlassung zum Einschreiten geben würden. Es ist ganz natürlich, daß ein Betriebsleiter versucht, seinen Betrieb bei der Revision in Ordnung zu haben. Ist dann die Revision vorbei, dann geht wieder alles seinen alten Gang. Mancher Betrieb gibt so zur Beanstandung keine Veranlassung, die er bei unverhoffter Revision geben würde. Das zeigt ja auch die Tatsache, daß die Unfälle von



Jahr zu Jahr zunehmen. Eine unverhoffte Revision könnte da manches Übel beseitigen.

Der Bericht sagt, daß zu den Revisionen stets die Vertreter der Versicherten hinzugezogen würden. Ferner sind in vielen Fällen die Revisionen gemeinsam mit den Gewerbeaufsichtsbeamten durchgeführt worden. Damit die Unfallvertrauensleute im Betriebe anwesend sind, wenn die Revision stattfindet, auch wenn sie nicht gerade in der betreffenden Schicht arbeiten, werden auch sie von der Revision vorher verständigt.

Es heißt im Bericht, daß die getroffenen Anordnungen im allgemeinen gut durchgeführt seien. An anderer Stelle des Berichtes heißt es aber gleichzeitig:

„Leider mußte in mehreren Fabriken die Feststellung gemacht werden, daß Beanstandungen der letzten Revision nicht beseitigt waren, obwohl deren Ausführung bereits gemeldet war. Es liegt dies wohl daran, daß die Fabrikleitung den Revisionsbericht in den Betrieb gibt und, sobald am 20. September unsere Mahnung eintreift, die Gesamtmeldung über Ausführung der Anordnungen abschickt, obwohl vielleicht noch ein Teil in Arbeit ist. Die eine oder andere Anordnung wird dann übersehen oder bleibt ganz liegen und kommt so in Vergessenheit. Wurden solche Feststellungen gemacht, so wurde das Versäumte umgehend nachgeholt.“

Hier wird auch konstatiert, daß es Betriebsleitungen gibt, die der Berufsgenossenschaft melden, die getroffenen Anordnungen seien durchgeführt, obwohl das nicht zutrifft. Es ist ein starkes Stück, wenn eine Betriebsleitung sich so wenig um die getroffenen Anordnungen kümmert, daß sie sich bei ihrer Beantwortung nicht einmal überzeugt, ob das, was sie meldet, auch tatsächlich durchgeführt ist. So groß und unübersichtlich sind ja die Zuckerfabriken nicht, daß nicht an einer Stelle übersehen werden kann, ob man den getroffenen Anordnungen auch nachgekommen ist. Diese Äußerung im Bericht zeugt also davon, daß es doch noch eine Anzahl Zuckerfabriken gibt, die dem Unfallschutz wenig Bedeutung beimessen. Um so mehr müssen Betriebsräte und Unfallvertrauensleute darauf achten, daß die getroffenen Anordnungen durchgeführt werden. Das können sie aber nur, wenn sie von dem technischen Aufsichtsdienst der Berufsgenossenschaft gleichfalls Abschrift der getroffenen Anordnungen erhalten. Ob dieses überall durchgeführt ist, wissen wir nicht, es wäre aber zur Durchführung eines energischen Unfallschutzes unbedingt erforderlich. Die Unfallvertrauensleute müssen eventuell darum ersuchen.

Aber das Verhalten der Versicherten läßt sich der Bericht folgendermaßen aus:

„Im Verhalten der großen Masse der Versicherten, den Bestrebungen der Unfallverhütung gegenüber, ist vieles besser geworden. Zwar waren auch in diesem Jahre, wie früher, Schutzvorrichtungen, durch die man die Arbeit behindert glaubte, beseitigt oder unbrauchbar gemacht. Verschiedene Vorkommnisse, in denen Interesse gezeigt wurde, wo aus den Unfallbildern entlehnte Schlagworte verwendet wurden, lassen aber doch erkennen, daß die Propaganda der letzten Jahre durch Wort und Bild nicht ganz vergeblich gewesen ist. Da wir außerdem in dieser Beziehung erfreulicherweise durch die Fachverbände unterstützt werden, so ist zu hoffen, daß es gelingen wird, auch die große Masse in Bewegung zu setzen.“

Diese Feststellung ist erfreulich. Immerhin enthält der Bericht einen schweren Vorwurf gegen die Arbeiterschaft, in dem es heißt, daß auch im letzten Jahre wieder Schutzvorrichtungen an verschiedenen Stellen entfernt vorgefunden wurden. In welchem Umfange dieses zutrifft, wird nicht gesagt. Welche Ursachen zur Entfernung der Schutzvorrichtungen führten, darüber gehen die Meinungen sicher auseinander. Oft wird in Akkord gearbeitet. Der Akkord ist so gestellt, daß mit allen Mitteln gearbeitet werden muß, um auf seine Rechnung zu kommen. Andererseits ist man wieder der Überzeugung, der angeordnete Unfallschutz erschwere das Arbeiten. Niemand sagt der Arbeiterschaft, sie solle den Schutz beseitigen; kann aber ohne Schutz mehr geschafft werden, dann wird es ganz gern gesehen. Alles das sind Gründe, die beachtet werden müssen. Unsere Mitglieder aber möchten wir dringend ersuchen, den Unfallschutz unter keinen Umständen zu beseitigen.

Ist eine Schutzvorrichtung in der angebrachten Art nicht praktisch, dann müssen den Unfallvertrauensleuten Vorschläge zur Verbesserung des Unfallschutzes unterbreitet werden. Nur dann, wenn erkannte Mängel beim Unfallschutz gemeldet werden, kann dieser Schutz so angebaut werden, daß er bei der Arbeit nicht hinderlich ist und den Betreffenden doch schützt. Es ist auf alle Fälle unverantwortlich, den Unfallschutz zu beseitigen und sich der Gefahr des Unfalles auszusetzen. Richtig ist, am richtigen Ausban des Unfallschutzes mitzuarbeiten. Die Berufsgenossenschaft hat in sechs Fällen für besonders energisches Eingreifen bei Unfallgefahren und für Erfindung praktischer Schutzvorrichtungen besondere Entschädigungen gezahlt. Das ist anerkennenswert.

Zur Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften wurden im Berichtsjahre insgesamt 1275 Anordnungen erlassen. Es wurden Anordnungen erlassen für Schutz an:

Riemen und Riemenscheiben . . . . .	237
Wellen, Wellenenden, Kupplungen usw. . . . .	132
Treppen, Leitern, Böden, Laufbohlen . . . . .	130
Jahnhörn, Kettenrädern, Tragrollen . . . . .	90
Zugängen zu gefährvollen Stellen . . . . .	63
Schnecken, Schäftelrinnen, Transportbändern usw. . . . .	53
Ummantelung von Gegengewichten . . . . .	50
Spezialapparaten und Stahlfaschen . . . . .	47

Dieser Anzug aus den getroffenen Anordnungen zeigt, welchen Betriebsvorkommnissen die Berufsgenossenschaft bei den Anordnungen ihr Hauptaugenmerk geschenkt hat. Die Anordnungen für Schutz an Riemen und Riemenscheiben stehen auch dieses Jahr wieder an erster Stelle. Daraus — so sagt der Bericht — sei aber nicht zu schließen, daß die Arbeiter durch Transmissionsstelle ganz besonders gefährdet seien. Das gehe auch aus der Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle hervor. Ob die Zahl der Unfälle immer die Unfallgefahr deutlich zeigt, darüber kann man geteilter Meinung sein. Nicht auf die Zahl der Unfälle allein kommt es an, sondern darauf, ob die tatsächlich vorkommenden Unfälle nicht auch noch verhütet werden können. Riementriebe gehören zumeist zu jenen Betriebsstellen, bei denen niemand dauernd beschäftigt ist, die aber leicht zu schützen sind, so daß hier Unfälle bis auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden können.

Im übrigen zeigen die beispielsweise angezogenen Anordnungen, welchen Betriebsvorgängen seitens der Berufsgenossenschaft die meiste Aufmerksamkeit gewidmet wird. Die größte Zahl der Anordnungen wurde für Betriebsvorgänge erlassen, die wir in allen anderen Betrieben auch vorfinden. Während die Anordnungen für Spezialabteilungen, die der Eigenart der Zuckerindustrie entsprechen, geringeren Umfangs sind. Gerade dieser Umstand aber zeigt, daß man den allgemeinen Betriebsvorgängen in der Zuckerindustrie seitens

### Warum Klassenkampf?

Wenn der Reichtum nur dazu diene, seinen Besitzern ein behagliches Dasein zu gewähren, hätte er nie zu einem sozialen Klassenkampf Veranlassung gegeben. Aber weil er zu einem Werkzeug allgemeiner Ausbeutung und Unterdrückung, zum wesentlichsten Instrument ökonomischer und politischer Klassenherrschaft geworden ist, hat er den Bürgerkrieg entfesselt, der seit Jahrhunderten in der Gesellschaft wütet und erst mit der Sozialisierung des Reichtums und seines Produktionsprozesses enden wird.

der Betriebsleitungen nicht immer die nötige Aufmerksamkeit entgegenbringt. Um so mehr muß es Aufgabe der Unfallvertrauensleute sein.

Über die Durchführung des Unfallschutzes sagt der Bericht an einer Stelle:

„Über die Durchführung des Unfallschutzes in der Zuckerindustrie ist zu berichten, daß in 11 Betrieben überhaupt keine Anordnungen getroffen zu werden brauchten; in 102 Betrieben waren 1—5, in 64 6—10, in 25 11—15, in 3 16—20 und in 2 mehr als 20 Anordnungen erforderlich.“

Es ist erfreulich, daß es auch Betriebe gibt, in denen nichts anzurufen war. Dabei ist die Frage am Platze, die schon an anderer Stelle gestreift ist: Sind diese Betriebe nicht vor der Revision „revisionstreu“ gemacht worden. Daß aber bei einer so großen Zahl der Betriebe bis zu 15, ja bis zu 20 und mehr als 20 Anordnungen getroffen werden mußten, um den Unfallschutz durchzuführen, zeigt doch, daß es hier noch einer energischen Arbeit bedarf, um die Betriebe einigermaßen unfallsicher zu machen.

Dem Zentrifugenschuß sind auch in diesem Bericht einige Absätze gewidmet. Es wird auf die Schwierigkeiten verwiesen, die sich der Einführung selbsttätiger Deckelverschlüsse entgegenstellen. Bereits im Vorjahre wurde verlangt, daß jede Fabrik mindestens eine Zentrifuge mit einem selbsttätigen Deckelverschluß haben solle. Diese Vorschrift soll zu einem befriedigenden Ergebnis insofern nicht geführt haben, indem sich bei der Mehrzahl der Betriebe Schwierigkeiten einstellten. Am besten sind die selbsttätigen Deckelverschlüsse dort durchgeführt, wo der Verschluß in den Betrieben selbst konstruiert wurde, also der Maschine praktisch angepaßt ist. Wiederholt ist geltend gemacht, daß auch die Arbeiterschaft sich gegen derartige Deckelverschlüsse wendet, weil sie bei der Arbeit hinderlich sein sollen. Andererseits ist wieder festgestellt, daß, wenn Maschine und Verschluß richtig zusammen funktionieren, von einer Hinderung bei der Arbeit keine Rede sein kann. Festgestellt wurde unsererseits auch, daß die Ansichten über das Funktionieren der selbsttätigen Verschlüsse sehr weit auseinandergehen. Nach Äußerungen unserer Kollegen funktionieren die Verschlüsse, während die Betriebsleitungen anderer Auffassung sind. Die Geldfrage spielt hier wohl die Hauptrolle. Im Interesse der Betriebssicherheit ist es dringend erforderlich, daß auch hier der Unfallschutz so durchgeführt wird, wie der Stand der Technik es erlaubt. Der Bericht bringt dann noch eine Reihe Neuerungen auf diesem Gebiete zur Kenntnis, die, wenn sie in den Betrieben praktisch durchgeführt werden, die Unfallgefahr bedeutend herabmindern können.

Die Zuckerberufsgenossenschaft hat auch den Film als Aufklärungsmittel gegen Unfallgefahren in ihren Dienst gestellt. Es sind zunächst zwei Filme allgemeiner Art in einer Anzahl von Betrieben vorgeführt worden. Da dieses Aufklärungsmittel Anklang fand, ist die Berufsgenossenschaft auf allgemeinen Wunsch dazu übergegangen, einen speziellen Film für die Zuckerindustrie zu schaffen. Er trägt den Titel: „Unfallverhütung in der Zuckerindustrie“. Der Film wird im Laufe des Jahres 1929 zur Vorführung gelangen. Wir können es nur begrüßen, wenn auch dieses neueste Aufklärungsmittel dazu beiträgt, die Unfallgefahr in der Zuckerindustrie herabzumildern. Auf die eingetretenen Unfälle und auf ihre Eigenart selbst kommen wir in einem zweiten Artikel zurück.

E. Senkfeld

### Verschiedene Industrien

#### Arbeitslosenversicherung und Heimarbeiter.

##### Die deutschen Unternehmer für Erhaltung des Glens.

Nach § 162 RVO. sind Hausgewerbetreibende gegen Krankheit versicherungspflichtig und der § 165 Abs. 1 Ziffer 6 der RVO. stellt die Hausgewerbetreibenden in bezug auf die Versicherungsgrenze den übrigen Arbeitnehmern gleich. Der § 69 Abs. 1 Ziffer 1 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 bestimmt, daß für den Fall der Arbeitslosigkeit versichert ist, wer auf Grund der Reichsversicherungsordnung oder des Reichsknappschaftsgesetzes für den Fall der Krankheit pflichtversichert ist. Damit ist die Versicherung gegen Erwerbslosigkeit für die Hausgewerbetreibenden gewährleistet.

Am 1. Mai d. J. hat die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände der Öffentlichkeit „Reformvorschläge“ zum Gesetz über die Arbeitslosenversicherung übergeben. In diesen Vorschlägen heißt es u. a.: „Heimarbeiter sind grundsätzlich ebenso wie Hausgewerbetreibende von der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen.“ Die Forderung wird damit begründet, daß die Heimarbeit zu schwer kontrolliert sei.

Der Vorschlag der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ kann als „Glanzstück“ für die Bestrebung auf Entrechtung einer bestimmten Arbeitergruppe angesehen werden. Seit Jahrzehnten wird versucht, die wirtschaftliche und soziale Not in der Heimindustrie zu bannen. Gesetze sind zu diesem Zweck geschaffen. Besserungen im Vergleich mit der Vorkriegszeit sind einzeln zu erkennen. Im allgemeinen herrscht aber noch Not, zum Teil noch Glend. Die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ verlangt, daß nicht nur Hausgewerbetreibende im Sinne des § 162 RVO. aus der Arbeitslosenversicherung herauszunehmen sind, sondern daß auch Heimarbeiter grundsätzlich ausgeschlossen sind. Damit ist gesagt, daß alle diejenigen Personen, die außerhalb der Werkstätte oder des Betriebes eines Gewerbetreibenden arbeiten, außerhalb des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zu stehen kommen.

Es ist kaum auszumalen, welche wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgen der Vorschlag der „Vereinigten Arbeitgeberverbände“ für die Heimarbeiter usw. nach sich ziehen würde. Den Ärmsten der Armen würde der notwendigste Schutz genommen. Die Folge wäre noch größere Abhängigkeit als bisher dem Unternehmertum gegenüber.

In einigen Artikeln über „Umsatzsteuerpflicht in der Hausindustrie“ haben wir schon darauf hingewiesen, daß der Gesetzgeber zwei Arten von Heimbefähigten kennt, die Hausgewerbetreibenden und die Hausarbeiter, und daß die Kommentare noch einen dritten Begriff geschaffen haben, die Heimarbeiter. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat zwischen den Gruppen keinen Unterschied gemacht. Sie sollen reiflos aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen werden.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß weder die Hausgewerbetreibenden noch die Hausarbeiter oder auch Heimarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen werden können. Deren wirtschaftlichen Verhältnisse, ob sie nun in die Gruppe der Hausgewerbetreibenden, Hausarbeiter oder Heimarbeiter zählen, sind ja, daß es als Unverantwortlichkeit bezeichnet werden müßte, wenn den Wünschen der Unternehmer auch nur im geringsten Rechnung getragen würde. Es ist doch zu bekannt, daß die Heimarbeiter meist unter den ungünstigsten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen leben. Es ist auch bekannt, daß gerade diese Gruppen von der Erwerbslosigkeit am härtesten betroffen werden. Es erweckt deshalb Staunen, daß ein derartiger Antrag gestellt worden ist.

Die Hausgewerbetreibenden, Hausarbeiter und Heimarbeiter sind zu den Arbeitnehmern zu zählen. In fast jedem Lehrbuch, in jedem Kommentar, in welchem auf die Hausarbeit Bezug genommen wird, ist zu lesen: „Die Hausgewerbetreibenden sind eine Zwischenstufe zwischen den für eigene Rechnung arbeitenden Gewerbetreibenden und Arbeitnehmern. Sie sind persönlich selbständig, wirtschaftlich aber unselbständig.“ Bei näherer Prüfung der Verhältnisse in der Hausindustrie kann vorstehende Definition nur nach der Arbeitnehmerseite ausgelegt werden. Wird es anders gemacht, dann werden die in Frage kommenden Personen ins Unrecht gesetzt. Die persönliche „Selbständigkeit“ steht in der Tatsache nur auf dem Papier. Sie ist nicht vorhanden. Die wirtschaftliche „Unselbständigkeit“ gestattet keine völlige persönliche „Selbständigkeit“.

Was besagt das, wenn der Hausgewerbetreibende, der Hausarbeiter oder der Heimarbeiter außerhalb der Betriebsstätte des Unternehmers in seiner eigenen Wohnung tätig wird und „sich seine Arbeitszeit so legt, wie er will“? In Wirklichkeit ist der Hausgewerbetreibende usw. gar nicht in der Lage, dieser These Rechnung zu tragen; denn auf Grund des Auftrages vom Unternehmer ist er gezwungen, eine Arbeitszeit einzuhalten, die ihm ermöglicht, den Wünschen des Unternehmers gerecht zu werden, andernfalls geht er seiner Arbeit verlustig.

Die scheinbar fehlende direkte Aufsicht des Unternehmers wird durch die wirtschaftliche Not ersetzt. Das geht aus der Tatsache hervor, daß der Hausgewerbetreibende, der Hausarbeiter oder der Heimarbeiter seine Arbeitszeit viel früher beginnt und auch später beendet als der Betriebsarbeiter. Arbeitspausen kommen bei den drei Kategorien ebenfalls weniger in Frage als beim Betriebsarbeiter.

Was die Kontrolle über die Heimarbeiter bei Arbeitslosigkeit anbelangt, so ist diese bei gutem Willen möglich. Vorschläge nach dieser Richtung hin sind bei den maßgebenden Stellen von uns gemacht. Man bringe sie in Anwendung. Durch die Herausnahme der Hausgewerbetreibenden, der Hausarbeiter und Heimarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung sollen angeblich die Reichsfinanzen gebessert werden. Dieser Gedanke ist abwegig. Die Folgen eines solchen Tuns hätten die Gemeinden zu tragen. S. Ulflein



# Unterhaltung, Wissen und Bildung

## Der gelähmte Bauer.

Von Jean Rochon.

Der Vater Moinsaur hatte am Morgen über 40 Aie Klee gemäht. Er kehrte um elf schweißtriessend zurück, mit schweren Beinen, schlaff herabhängenden Armen und leerte hastig zwei Glas Jider, die an seinen Magenwänden eigentümliche, ziemlich sonore, ja sogar artikulierte Laute weckten, die das Glückglück des Puters säufelnd nachahmten.

„Hal! Hal! ich einen Durst!“  
Auf dem Tisch sandte eine braune, bauchig gewölbte Terrine heiße Dämpfe zu den geschwärtzten Deckenbalken aufwärts und verbreitete in der Stube einen kräftigen, appetitweckenden Geruch von Kohl und frischem Speck. Der Vater Moinsaur griff nach dem Suppenlöffel mit dem gleichen Eifer, als wenn er nach einem Sackentheil langte, und füllte seinen Napf, an dessen Seiten sich zwei Henkel befanden, die den herabhängenden Ohren eines Ferkelsgewebes gabelnd Reiter Lampe glichen. Plötzlich zog ein weißer Briefumschlag, der auf dem Fleck, wo sein Sohn lag, seine Aufmerksamkeit auf sich.

„Was? Was ist denn das?“  
Therese, die gerade Keilig in den Herd warf, auf dem eine Omlette bräunen sollte, antwortete, ohne sich umzuwenden:  
„Den Brief hat der Bode heute morgen für Pierre gebracht.“  
„Woher kommt er denn?“  
„Aus Paris, glaube ich.“  
Moinsaur zwackte mit den Achseln. Eine breite Furche grub sich in seine Stirn und zugleich kränkelten sich seine schmalen Lippen felsam.

„Meine Tochter“, brummte er, „ich glaube, daß unsere Felder bald Trauer anlegen müssen.“  
Inzwischen war auch Pierre heimgekommen. Er brach den Brief auf, las rasch seinen Inhalt, und, als wenn die Mitteilung nur seiner Erwartung entspräche, sagte er, ohne besondere Freude zu zeigen:

„Also ich bin vom nächsten Monat an bei einer Pariser Paketfabrik-Gesellschaft verpflichtet.“  
„Na, da sei zufrieden“, erwiderte Moinsaur sarkastisch.

Am anderen Morgen wurde Therese aus dem Schlafe geweckt: Schmerzenslaute drangen aus der Kammer ihres Vaters. Sie stand eilig auf und fand Moinsaur auf der Bettvorlage hingestreckt.

„Was machst du denn, Vater?“  
„Was ich mache?“, stöhnte er. „Hm, ich weiß es selbst nicht. Aufstehen wollte ich... da sind meine Knie eingeknickt wie die einer alten Mähre... und jetzt bringe ich mich nicht wieder hoch.“

Das junge Mädchen rief den Bruder. Unter großen Schwierigkeiten hoben sie Moinsaur auf, der laut lamentierte:  
„Das hat mich wie ein Blitzstrahl getroffen!... Ich bin fertig... fertig!“

Der herbeigerufene Arzt stellte eine Lähmung fest, welche die ganze linke Seite befallen hatte und das Herz sehr gefährdete. Die Kur und die Medikamente, die er verschrieb, wirkten nicht. Nach einer Woche erklärte Moinsaur mit Tränen in den Augen:

„Meine armen Kinder, ich bin für den Rest meines Lebens gelähmt... Wir müssen, ihr wie ich, Entschlüsse fassen... Ich möchte euch keine zu schwere Last aufbürden... Pierre, schreibe an den Direktor des Hospitals wegen meiner Aufnahme... Er wird vielleicht vier- bis fünfshundert Frank Jahrespension fordern. Aber was bleibt übrig?... Vergessen werden meine Felder, wenn sie einmal verpachtet sind, diese Summe schon aufbringen!“  
„Und wir?“ fragte Pierre; angstvoll krampften sich seine Züge zusammen.

„O, eurewegen bin ich ruhig“, erwiderte Moinsaur.  
„Du, Pierre, hast bald eine gute Stelle... Und Therese wird, ehe wir es uns versehen, einen jungen Burischen finden, der ihr hilft, ein Nest zu bereiten.“

Der Entschluß des Vaters machte einen niederschmetternden Eindruck auf den Sohn. Pierre sah das Dach, unter dem er geboren war, zusammenbrechen. Sein Gesicht zeigte einen so entsetzten Ausdruck, als wenn er jede Überlegung, alle Besonnenheit verlor.

Die wirtschaftlichen Folgen der Lähmung Moinsaur mußten in jeder Beziehung verhängnisvoll werden. Wenn die Felder von kräftigen oder gleichgültigen Händen bebaut, das Vieh zerstreut, das Haus geschloffen wurde, — was blieb vom einstigen Wohlstand übrig? Würde das Pachtgeld auch nur genügen, um die Pension für Moinsaur zu bezahlen?

„Hier ging zum Arzt.“  
„Ich möchte Sie in Vertrauen um Ihre Meinung fragen... Antworten Sie mir offen, denn ich muß einen schweren Entschluß fassen... Kann der Vater mit seiner Krankheit lange leben?“  
„Mein Freund“, erklärte der Arzt, „da läßt sich schwer etwas voraussagen. Gelähmte von 80 bis 90 Jahren sind keine Seltenheit.“

„Gut... ich danke Ihnen.“  
Pierre kam nach Hause und setzte sich an das Krankenbett des Vaters.  
„Du brauchst nicht ins Hospital... Ich nehme die Stelle nicht an... Meine Schwester und ich werden dich nach besten Kräften pflegen.“  
„Du bleibst also da?“ unterbrach ihn der Vater.

„Ja.“  
„Nach deinem Wunsch, mein Sohn!... Nach deinem Wunsch!“

Moinsaur schien sich mit seinem Zustand abzufinden. Täglich unterwarf er einen kleinen Spaziergang am Feldrand. Das ging sehr langsam, ein Stein zog das andere nach, die Rechte stützte sich auf den Stock, der Rücken war gebeugt, schrag, wie man das bei Hundern sieht, die über versteinertes Land traben. Manchmal strich er an den Farnen vorbei und streichelte seine Kinder, deren Fell so rot war wie die Vogelkranke.

„Na, Charlot!... Mein aller Lohne!... Ich dachte, wir würden mal zusammen feierabend machen.“  
Sein Essen wurde Moinsaur wie ein Kind bedient. Therese schützte ihn kleine Brot- und Fleischstücke, und nach Tisch stopfte ihn Pierre. Pierre, diese Geduldsworte trübten ihn:  
„Ihr macht euch allzuviel Mühe wegen eines Herzstumpfes, der bald ausstirben wird.“

Abends, wenn keine Kinder ihn sorgfältig zwischen die beiden Kissen bestellten, zitterten seine Knie wie im Krampf:  
„Zum Glück dauert das nicht mehr lange...“  
Im Laufe des Winters heiratete Pierre und Therese, und die beiden Paare lebten einträglich nebeneinander. Moinsaur gab sich alle Mühe, den jungen Hausfrauen kleine Freuden zu bereiten. Niemals gingen diese auf einen Jahrmarkt der Umgebung, ohne daß er nicht einer jeden ein Juwelchen in die Hand drückte.

„Man weiß doch, was sich ein Franchen wünscht, immer kann sie eine rote Schürze oder ein Paar Stämpfbänder brauchen!“  
Das Leben floß friedlich dahin in Familiensorgen, bei harter Wochenarbeit, in froher Harmonie der Herzen. Da trat ein schwerer Krankheitsfall ein: eine Drehschneidmaschine zertrat Pierre's Arm. Man mußte ihn amputieren. Er lag die Operation wach, ließ sich nicht einmal chloroformieren. Das verzerrte ihn um die Frage, die er seinem Vater ins Ohr flüsterte:  
„Ja, was lange ich noch?... Ich kann ja nicht mal mehr den Pfeffer mahlen?“

Plötzlich redete sich der Alte an, warf mit heftiger Gebärde seinen Stock in die Ecke. Sein Körper krachte sich und zeigte die unerschöpfliche Kraft jener alten Bauern, die sich zu Tode arbeiten

und doch niemals kapitulieren. Seine Augen glänzten wie zwei Karfunkel unter dem starken Reflex der wieder in seinen Adern pulsierenden Energie, unter dem heftigen Schmerz, der an seinem Herzen riß... Diese plötzliche Wandlung weckte in ihm eine ungläubliche Spannkraft. Im Flug einer Sekunde gab es keinen Gelähmten mehr. Der Fünfzigjährige hatte sich wie durch Zauber der falschen Mittel entledigt, die seine Lähmung glaubhaft machten. Allen erschien es als ein Wunder. Aber Moinsaur näherte sich schluchzend dem Bett seines Sohnes:

„Sei ruhig, mein Junge!... Ich werde den Pfug führen... Deswegen sorg dich nicht... Vergib mir, daß ich mich verstellte und einen Schlaganfall heuchelte: ich mußte dich hier behalten... bei mir... Daß du fort wollest, quälte mich zu sehr... Ich konnte den Gedanken nicht fassen, dich fern zu wissen, unfer Gut durch deine Gleichgültigkeit verwaarlosten zu sehen... Das war doch zu hart! Aber jetzt mach ich mich an die Arbeit... Schockschwerenot! Von der Hand soll sie mir gehen, ich schwöre es dir. Ich hole die verlorene Zeit ein... Pfleg dich, mein Junge... Schlaf... Diesmal sollen unsere Felder noch nicht verderben.“  
(Aus dem Französischen von J. Kund e.)

## An der verkehrten Seite.

Vor einiger Zeit war ein Arbeiter an der Außen- seite des Gitters eines Irrenhauses beschäftigt. Einer der dort Verpflegten spazierte im Garten, kommt näher und beschaut den schwer Arbeitenden. Der Arbeiter ruht einen Augenblick.  
Irrenhändler: „Harte Arbeit!“  
Arbeiter: „Ja!“  
Irrenhändler: „Sind Sie verheiratet?“  
Arbeiter: „Ja!“  
Irrenhändler: „Haben Sie Kinder?“  
Arbeiter: „Sechs!“  
Irrenhändler: „Wieviel verdienen Sie pro Tag?“  
Arbeiter: „Vier Mark!“  
Irrenhändler: „Freund, ich glaube, du stehst an der verkehrten Seite des Gitters!“

## Der Betrunkene in der Versammlung.

Von Jeppe Jakjär.\*

Nun war der Versammlungssaal bis zum letzten Platz gefüllt; an allen Eingängen drängten sich die Leute; der Redner ging breit und stark vor der selbstnen Wanddekoration auf und ab und memorierte. Der bekümmerte Vereinsbeisitzer trat zu ihm und flüsterte ihm etwas ins Ohr. Hambro zog den Mantel aus und stieg ohne alle Zeremonien auf das schön geschmückte Rednerpodium. Einen Augenblick später dröhnte seine mächtige Stimme durch den Saal. Alle waren von seinen mannhaften Worten gefesselt, so daß nur die Eingeweichten bemerkten, daß der Wirt mit Willads unterem Arm durch eine Seitentür eintrat und die für ihn und seinen Hausstand reservierten Stühle in Besitz nahm.

Willads machte einen trübseligen Eindruck mit den steifen Borsten um Mund und Kinn und den Haarsträhnen, von denen sein Nacken starre. Er ließ seinen schlaffen Blick über den vollgepfropften Saal laufen, einen Augenblick versuchte er ihn auch auf den Redner zu heften; als er die grünen Iris- bühne vor der Wanddekoration sah, lachte er vor sich hin wie in einem guten Traum. — Bald danach sank sein schwerer Kopf auf die Brust, während der Donner der Rede über seine müde Stirn und den hängenden Bart dröhnte. Willads' Schlummer begann als ein privates Schlafen, das nur ihn selbst störte; aber bald wandte es sich mehr und mehr an die Öffentlichkeit. Erst erklang ein schwaches Pfeifen aus den Nasenlöchern, aber in kurzer Zeit war es zu einem Dröhnen geworden, einem maglosen Schnarchen, das durch jedes andere Geräusch sagte auch durch die logischen Sätze, die der Redner mit soviel Kraft und Leben heranzuschleuderte.

Hambro hatte einige Male harte Blicke zu Willads' Stuhl hinuntergeworfen, aber da niemand Miene machte, ihm Ruhe zu schaffen, schlug er mit der Faust so heftig auf das Pult, daß die Iris-Base herabfiel, und rief:

„Das leh ich mir nicht bieten! Ich verlange, daß ihr mir den kernhagelvollen Mann rauschmeißt!“

Da stieß der Wirt Willads die Faust in die Rippen und brüllte ihm ins Ohr: „Er sagt, du sollst rausgeschmissen werden!“ — Willads' Schnarchen hörte plötzlich auf. — Rausgeschmissen werden — er! — Er war also in einer Spinnstube. Er hatte es nicht nur geträumt! Und der da oben, der Spielmann wohl, wollte, daß man ihn hinauswarf! — Seine ganze Kernsubstanz war in ihm erwacht. Wie ein Bär, der sich auf die Hinterbeine hebt, wucherte er über den freien Raum, nahm das Rednerpodium mit Hambro und allem, wie man eine Wiege mit einem Kind nimmt, und setzte es dicht an die Rückwand, so daß der Redner nun eingesperrt war wie in einem Kinderstube. Die Leute fingen an, Unrat zu ahnen, und härgten in wilder Auflösung zum Ausgang; die Frauen kreischten; einige krochen unter die Bänke und rufften auf den Knien weifer. Willads langte bereits mit lefternen Pfoten nach den Rächsten. — Da schwang Hambro die Beine über das fast weberhohe Rednerpult; plötzlich stand er dicht vor Willads und schrie, daß seine Gesichtsmuskeln zitterten.

„Sie hören sich auf wie ein Schuß! Sie haben die Sache Ihrer armen Kameraden auf lange Zeit rainiert! Gehen Sie nach Hause und schlafen Sie Ihre Rausch aus und schämen Sie sich wie ein Hund!“  
Willads sah einen Augenblick in das starke, zornige Gesicht, das keine Spur von Furcht zeigte, dann über den leeren Saal.

\* Aus dem eben erschienenen ausgezeichneten Bäckerkreis-Band Jeppe Jakjär: Görende Kräfte (Landarbeiterroman). — 195 Seiten. Complete. Preis für Mitglieder des Bäckerkreises 3 Mk., im freien Buchhandel 4,50 Mk.

„Herrgott, wo bin ich denn?“ — Seine Augen glitten weiter über den Rednerstuhl, die Wanddekoration, die herabgestürzte Wase. „Oh — oh!“ Wehklagend wie ein verwundenes Tier schwankte er durch eine Seitentür hinaus in die Nacht.

## Die Treppe.

Einst gerieten die Stufen einer Treppe untereinander in Streif. Ach wie bin ich doch so übel daran, sagte die Unterste, was habe ich alles zu leiden! Jeder, der Schmutz an seinen Stiefeln hat, kloppft ihn an mir ab, jeder reißt sich an mir.

Das wird immer so sein, sagte die Andere, solange es Treppen geben wird, das ist nun einmal deine Bestimmung. Nicht wahr, liebe Frau Nachbarin? Und dabei schlug sie die Augen auf zur Dritten.

Liebe Frau Nachbarin? gab diese in hochmütigem Tone zurück. Bin ich deine liebe Frau Nachbarin? Weißt du nicht, daß ich über dir stehe? Rede so zu demesgleichen!

Die Vierte aber lag gerade im Schlummer und wurde aufgeweckt durch das laute Geheife der Drei. Ihr gemeinsames Pack da unten, rief sie mit verächtlicher Gebärde, müßt ihr fortwährend in Jank und Haber liegen? Bedenkt ihr nicht, daß wir über euch sind und unserer Ruhe bedürfen hier oben?

Du Geiserman! schrie die Fünfte, leidest du auch schon an Überhebung? Wer ist oben, du oder ich?

Ich, sagte die Sechste, ich bin über dir, du bist unten? Emporkömmling! rief die Siebente herab, hast du dich nicht widerrechtlich hereingedrängt zwischen uns? Gehörst du, nach Bildung und Abstammung sowohl nicht zu unterst?

Wer bist denn du! fuhr die Achte dazwischen, schweige, daß ich nicht rede!

Sehet nur diesen Sackemarkt, sprach die Neunte zur Zehnten, jede will über sich hinaus, und die Unterste möchte die Oberste sein. Wie veracht' ich dieses Gestindel!

Aber die Zehnte hüllte sich in vornehmes Schweigen, doch sie dachte sich ihr Teil.

Und so machte es die Elfte, die Zwölfte und Dreizehnte.

Die Letzte und Höchste aber richtete sich stolz auf und sprach mit lauter Stimme: Sehet, so will es die Ordnung, daß eine Stufe gefestigt ist über die andere und eine über alle! Dann schlug sie die Augen auf und fuhr fort: Wie danke ich dem Zimmermann, der mich gesetzt hat über euch alle. Sehet herauf zu mir; was wäret ihr ohne mich! Immer ist der Kopf oben! Bin ich nicht euer Kopf?

Als die Stufen solche Rede vernahmen, da schwiegen sie alle. Dann ging ein heimlich Geflüster die Treppe hinunter von einer zur andern.

In der Ecke aber stand ein alter Besen, der hielt sich den Bauch vor Lachen. Und der Besen sprach: Jetzt will ich euch alle gleichmachen!

Da ging er hin und wuschte jeder zweimal über's Gesicht.  
Karl Mohr.

## Die Macht der Ideen.

Rings um die ragenden Felsen flossen die Wasser eines kräftigen Bergbaches; sie wuschen ihm die Füße und tanzten hoch an ihm hinauf. Was wollt ihr leichten silbernen Wellen? fragte der Fels. Dich bezwingen, du alter, harter, wunderlicher Stein? antworteten die Wellen, wir wollen dich umwerfen, daß du fällst und zersehst!

Da lachte der Fels; er lachte so recht ruppig, daß das Wasser an ihm zerstäubte: Mich wollt ihr umwerfen? Mich, der ich die härteste Macht der Welt bin? Und ihr seid weich wie die Luft im Lenz. So sagt mir doch, worin liegt denn eigentlich eure Macht? In der Zeit? war die Antwort der Wellen. Sie wurden nimmer müde und ließen sich nicht irre machen in ihrem unablässigen Tun, und endlich kam der Tag, wo der Fels wirklich stürzte, und der Tag hallte wider von seinem donnernden Fall.

Aus „Die gläserne Wand“. Von Georg Ruseler.

Ein Märchen ist's, was Ruseler da schrieb. Und doch ist es Wahrheit. Wären nicht soviel Arbeiter müde geworden, hätten sich nicht so viele irre machen lassen in ihrem unablässigen Tun, durch systematische Aufklärungsarbeit immer neue Kämpfer für die Gewerkschaftsorganisationen zu gewinnen, dann wäre der Tag, an welchem der Fels Kapitalismus wirklich stürzte, bedeutend näher gerückt. Arbeitet im Sinne dieses Märchens. Unermüdet, unbeirrt und unablässig werbt für unseren Verband. Führt die Müden, Irreführten, Kleinmütigen zurück in unsere Reihen! Einmal muß der Tag kommen, an dem der Fels stürzt. Nur muß die große Zahl der Arbeitnehmer einig, gemeinsam handeln, darf nicht selbst ihre Kraft vermindern durch Aufseilung. Unablässig wie die spülpnden Wellen wollen wir den Fels Kapitalismus branden, bis er fällt.

## Literarisches.

„Der Kuckuck.“ Das interessanteste Bild der neuen (siebenten) Nummer ist wohl die prächtige Doppelseite „Zehn Jahre neues Wien“. Auch dieses Heft führt uns wieder in alle Teile der Welt: nach England, das vom Wahlfieber durchzittert ist, an die Barrakaden von Berlin, nach Tibet und Ägypten und in die Dschungelwelt. Roman, Reisebeschreibungen und kurze Geschichten bieten eine Fülle von Lesestoff. Das Heft kostet 20 Pfennig. Postabonnement vierteljährlich 2,60 Mark. Zu bestellen bei der Verwaltung: Wien V, Rechte Wienzeile 95/97. Der Beitrag kann auch in Briefmarken eingekandt werden.

Von Moses bis Darwin. Von G. E. Graf. 4. Auflage. Urania-Schriften, Heft 1 der Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H. Jena. Witzungswohl illustriert. 40 Seiten. Brochiert 60 Pf. Der Verfasser zeigt an Beispielen, wie der Entwicklungsgedanke sich immer mehr gegenüber der Schöpfungsgeschichte durchsetzt und endlich in der wissenschaftlichen Welt allgemeine Anerkennung fand. Der billige Preis von 60 Pf. dürfte jedem den Kauf dieser wichtigen Aufklärungsschrift ermöglichen.